INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin Info

2⁵⁰ DM

Nr. 431

4. September 1997

Hallo,
wir, das Team dieser Woche, sitzen und schwitzen hier und basteln für euch mal wieder eine Ausgabe des allseits beliebten Wochenzeitung. Unser nächster Erscheinungstermin ist der 18.9.97, da nicht nur unsere LeserInnen in den Urlaub entfliehen, sondern auch wir mal ein bißchen Erholung brauchen.
Bis dahin kühlen wir unsere Beine in Wannen mit Eiswasser und wünschen uns von euch Eisbecher statt Schokolade!!!!!
Apropos abkühlen mußten wir uns, als wir über die vergangenen Wochen nachdachten. Der Wahn saubere Stadt scheint nun auf Potsdam übergeschwappt zu sein. In der letzten Woche wurden dort mehrere Häuser geräumt(Seiten 3-5). Von ursprünglich 25 Häusern sind jetzt nur noch 11 besetzt.
Damit aber auch Berlin noch sauberer und sicherer wird, war letzte Woche der ehemalige Polizeichef von New York William J. Bratton, zum Nachhilfeunterricht für die Gewerkschaft der Polizei angereist. Thema:Innere Sicherheit in Ballungsräumen. Aussagekräftigster Satz von Brattons Referat:"Man müsse die Zahl der Polizisten, den Zeiten mit hoher Kriminalität anpassen, Denn das ist wie mit den Ratten - die kommen nachts und nicht bei hellichtem Tag." Na, Herr Landowsky kommt ihnen das nicht bekannt vor? Da mußten sie doch gleich mal wieder sagen was Sache ist.

Ebenfalls letzte Woche zu Besuch in der Stadt war Herr Kohl. Zur Grundsteinlegung des Verbandgebäudes von BDI, BDA und DIHT. Leider konnten die wenigen unserer Begrüßungsgäste nicht zum Zuge kommen und ihn gebührend willkommen heißen.
Zu guter Letzt: möchten wir euch die Ausgabe "Best of 97" ans Herz legen. Wi Wir sind zwar alle ein bißchen Interim - aber dies ist eine Soliaktion für die Interim von Leuten, die nicht zu unseren Teams gehören.
Besten Dank an euch auf diesem Wege!!!!

Ordner:
Samstagsmütter Solikomitee

Sagen, was Sache ist...

Kriminalität bedroht die Lebensqualität


Klaus Landowsky

Wir können von New York lernen:
Dort hat die Zahl der Verbrechen um ein Drittel abgenommen, die Zahl der Morde ist sogar auf die Hälfte gesunken.
Heute ist der frühere Polizeichef von New York, William Bratton, in Berlin.
Er hat diesen Erfolg erzielt.
Wie?

- Kampf gegen Verwahrlosung, Dreck und Schmierereien – denn dort entsteht krimineller „Nährboden".
- Mehr sichtbare Polizei, vor allem an „Kriminalitätsschwerpunkten" – Täter müssen sich bedrängt fühlen.
- Konsequentes Vorgehen gegen „große Haie" **und** „kleine Fische" – keine Form von Delikten wird geduldet, nichts wird mehr verharmlost.
- Moderne Ausstattung und personelle Qualifizierung der Polizei – Waffengleichheit mit den Kriminellen.
- Härtere Gangart der Justiz – Schutz der Bürger muß Vorrang haben.
- Bürger, Politik und Polizei müssen an einem Strang ziehen.



FRAKTION

Übrigens:
Berlins Polizisten schützen uns auch unter Einsatz ihres Lebens. Sie verdienen unsere Solidarität.

CDU Fraktion, Preußischer Landtag, Tel.: 23 25 21 15

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Im Osten nix Neues

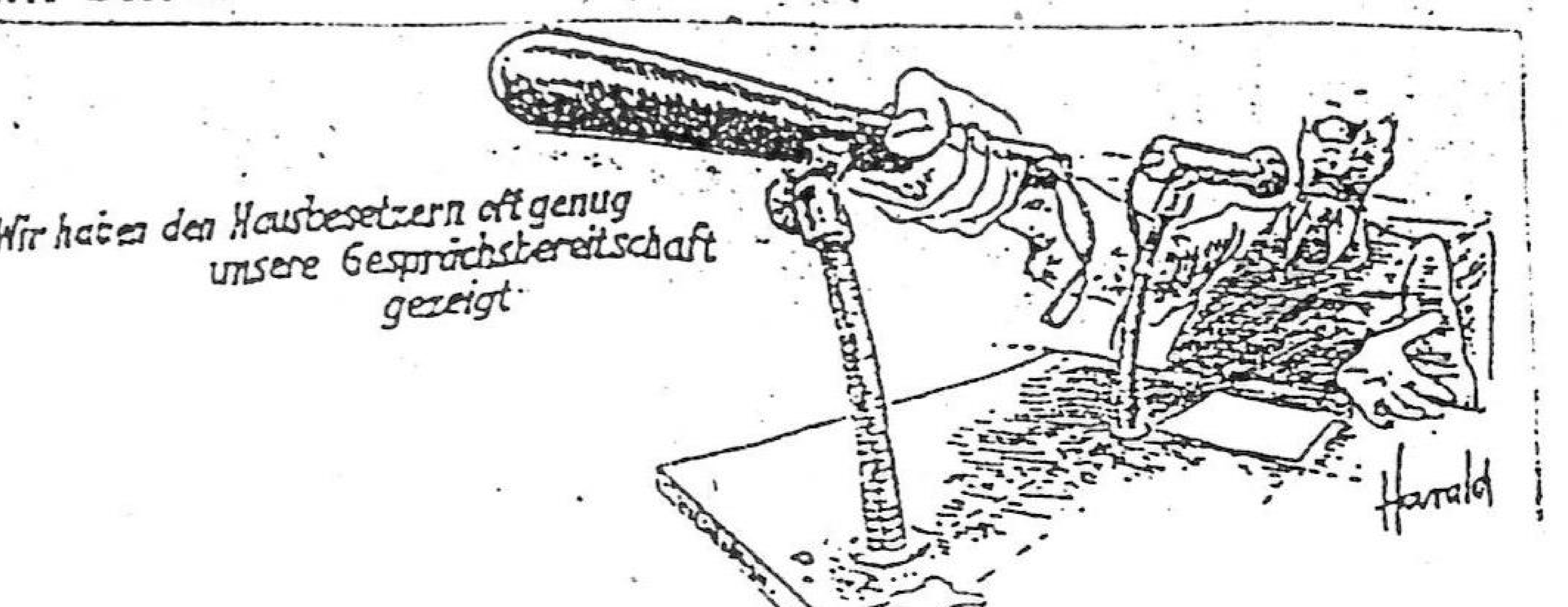
Es war einmal ein schönes Haus in Potsdam. Dieses Hauses war nicht gelb und legal, wie die Mehrzahl der Gebäude in der Stadt, nein, dieses Haus war bunt und besetzt, bis zu jenem Tage, an dem Großer Guru (Stadt Potsdam) und Stinkende Socke (Polizei Potsdam) beschlossen, daß zuviel Abwechslung dem Kreislauf schadet (darunter fallen besetzte Häuser mit Kulturanspruch) und zuviel Farbe nicht ins ocker-, senf-, piß-, sonnengelbe Stadtbild von Potsdam paßt.

Die Dortustraße 5 war sieben Jahre besetzt . Dieses Haus diente sowohl als Wohnort wie auch als Treffpunkt für alternative Kultur und Lebensformen. Die zentrale Lage der "Dortu 5" war ideal, um ein großes Publikum heranzuziehen. Ständige Veranstaltunge, wie Konzerte, Kino oder Disco vergrößerten die Popularität dieses Haus, daß auch schon in den Zwanzigern als Varieté diente, in dem so Leute wie Charlie Chaplin und Enrico Caruso auftraten.

Potsdam´s zweifelhafte, ablehnende Stellung gegenüber den Besetzern dürfte wohl niemanden verblüffen. Eine Räumungsaufforderung auch nicht, sowas kriegt die Mehrzahl der besetzten Häuser. Der Grund jedoch ist selten und doch irgendwie sehr kreativ: **Seuchengefahr!**
Da kommt ein Experte vom Gesundheitsamt, wird als "renommiert" betitelt und sagt mal schnell dieses Wort. Das Kuriose daran: Die HausbesetzerInnen versuchten den Hof (voll Müll jeglicher Art) zu entrümpeln und bestellten aufgrund dessen Container, um "Müll von Hof" in "Müll in Container" zu verwandeln. Diese wurden nicht gestellt. Den Dreck, der teilweise auf die Straße gepackt wurde, um endlich der Stadtreinigung klarzumachen, daß sie doch bitte-bitte diesen Müll mitnehmen soll, blieb ebenfalls liegen.
Was sagt uns das:Die HausbesetzerInnen wurden aufgrund einer Tatsache, die beseitigt werden sollte, von der Stadt geräumt, da die Stadt keine Genehmigung zur Beseitung dieser Tatsache gab.
Am 5.Juni haben die HausbesetzerInnnen das Haus besenrein zu übergeben (wie, ohne Container ?), so stand´s in der Räumungsaufforderung. Dato passierte nichts. Niemand überzeugte sich davon, daß das Haus immer noch nicht leer war. Kein Stadtangestellter kam, um sich an diesem Tag sagen zu lassen, das die BesetzerInnen nicht bereit waren zu gehen.
Das hatte zur Folge, daß die Dortu 5 Tag und Nacht geöffnet hatte, um einem Überraschungsangriff der stinkenden Socken zu entgehen. Einen Monat später, in der Nacht vom 30.Juni zum 1.Juli (Tag des Lehrers) passierte die Räumung achso friedlich wie Oberhäuptling" superstinkende Socke" Michael Gellenbeck später hervorhob.28 Leute wurden in Gewahrsam genommen, die meisten saßen 12 Stunden in diesen häßlichen Zellen. Anzeigen wegen Landesfriedensbruch sowie Hausfriedensbruch folgten stehenden Fußes. Die Orden an die, am Einsatz beteiligten Socken, wurden noch nicht verliehen.
Nach der Räumung folgte eine Demonstration, bewilligt (oh Gott wir haben zu danken), eine Ausstellung, Zeitungsartikel (hier ein Dank für die Füllung des Sommerloches an die Haus-besetzerInnnen)und mehrmaliges "Mahnwache halten" vor´m Magistrat Potsdam, der zwar ein Gespräch mit dem Vertreter des Oberbürgermeisters und einem Vertreter vom Amt für Jugend und Soziales brachte, aber im Endeffekt nur den freundlichen Tip bereithielt:" Schneidet Euch doch die Haare, dann könnt Ihr auch in andere Jugendclubs gehen." Danke, Herr Funke, für das Verständnis der Meinung der Leute. Auja, laßt uns alle die Haare schneiden, auf rechtsradikal machen, dann dürfen wir auch wieder in Jugendclubs gehen.So ein nettes Zugeständnis!
Kein Ausweichobjekt, keine ernstzunehmende Verhandlungen, kein Entgegenkommen, null Verständnis. Stattdessen Räumung eines weiteren besetzten Hauses in Potsdam (Geschwister-Scholl-Straße 47). Diesmal war stinkende Socke echt anständig. Sie räumte nur eine Etage. Schönen Dank, daß is´ja wie Weihnachten und Ostern auf einmal.

Oh großer Guru, ick hör Dir klagen,
Laß mich Dir nur eines sagen
Du bist groß und ick bin blöd
Das schwör ick Dir beim Smörebröd.

Stinkende Socke, ick hör´dir weinen,
Blöde Exekutive auf zwei Beinen
Mach weiter so, dann bist Du tot
Das schwör´ick Dir beim Knäckebrot.



Z. Squatée

24.8.97

Polizei beendet Hausbesetzerkonzert

POTSDAM (ADN). Mit einem Großeinsatz der Polizei ist am späten Freitag abend ein Konzert in einem besetzten Haus in der Leipziger Straße in Potsdam beendet worden. Laut Polizei hatten sich Anwohner über massiven Lärm beschwert. Die Polizei forderte daraufhin, die Lautstärke zu drosseln und das Konzert, zu dem etwa 300 Besucher gekommen waren, um Mitternacht zu beenden. Während des Einsatzes kam es zu mehreren Zwischenfällen, eine Eskalation der Situation konnte nur durch einen massiven Polizeieinsatz verhindert werden, hieß es weiter. So sei ein Polizei-Kleinbus mit Molotowcocktails beworfen worden. Ein anderes Einsatzfahrzeug wurde durch Steinwürfe beschädigt, wobei ein Bereitschaftspolizist verletzt wurde. Ein in der Nähe abgestellter Bagger wurde in Brand gesetzt.

Hausbesetzer randalieren in Stadtverwaltung

26.8.97

POTSDAM (dpa). Nach den schweren Krawallen vom Wochenende in Potsdam scheint der Konflikt mit der Hausbesetzerszene weiter zu eskalieren. 80 Hausbesetzer randalierten am Montag in der Potsdamer Stadtverwaltung. Während eines Gespräches des Sozialbeigeordneten Jann Jakobs mit Vertretern des am Samstag geräumten Hauses Leipziger Straße 60 hätten etwa 80 Bsetzer das Büro gestürmt, Akten aus dem Fenster geworfen, Türen eingetreten und die Büroeinrichtung verwüstet, teilte die Stadt mit. Die Polizei habe 32 Personen in Gewahrsam genommen. Gegen sie sei Anzeige erstattet worden. Zuvor hatte die Stadt verkündet, das nach schweren Krawallen geräumte Haus, in dem sich ein alternatives Kulturzentrum befand, werde den Besetzern nicht wieder zur Verfügung gestellt.

27.8.97

Prozeß wegen verbotenen Liedes auf 1.-Mai-Demo

BERLIN (ja). Am heutigen Mittwoch beginnt vor dem Landgericht der Prozeß gegen einen 36jährigen Mann, der bei der sogenannten Revolutionären 1. Mai-Demonstration festgenommen worden war. Der Mann soll für das Abspielen des Liedes „Deutschland verrecke" der Band „Slime" verantwortlich gewesen sein. Als der Mann von Polizisten gefragt wurde, ob das Lied nicht indiziert sei, soll er die Polizisten angegriffen und geschlagen haben. Der Mann sitzt seitdem in Untersuchungshaftanstalt.

Hausräumung in Babelsberg

Glasmeisterstraße 13 wird abgerissen

Märkische Allgemeine

In Babelsberg ist gestern früh die besetzte Glasmeisterstraße 13 geräumt worden. Nun gibt es noch elf besetzte Häuser in der Stadt.

Die Aktion lief ohne Zwischenfälle ab. Von zwei Jugendlichen im Haus und zweien davor wurden nur die Personalien aufgenommen.

Die Polizei hatte Amtshilfe für eine in München lebende Hausbesitzerin geleistet, deren Anwalt mit einem gerichtlichen Räumungstitel und einer Gerichtsvollzieherin vor Ort war. Es habe Beschwerden der benachbarten Kita über Geruchsbelästigung aus dem rückwärtigen Garten gegeben, so Rechtsanwalt Justus Wiesike. Seit Jahren gebe es im Haus weder Strom noch Wasser; die letzten Mieter seien 1990 ausgezogen; das Gebäude sei 1993 rückübertragen worden. Es werde abgerissen.

Dem Anwalt zufolge hatte die Polizei ein Räumungsersuchen wegen Hausfriedensbruchs durch die Besetzer abgelehnt, mußte auf Ersuchen des Landgerichtes aber eingreifen. Als Rämungsgrund führte der Anwalt auch die „von der Stadt heftig kritisierte" Einsturzgefahr der Schornsteine und Steinwürfe auf die gegenüberliegende EMB-Filiale an.

Steine in Eimern an den Fenstern wurden bei der Hausdurchsuchung denn auch als Verteidungsinstrumente gewertet. Hausbesetzer betonten, dies habe zur „Verteidigung gegen Faschos" gedient; vor einem Monat hätten „Rechte" ein Transparent am Haus angezündet. Rechtsgerichtete Jugendliche könnten nach Ansicht der Veranstalter des Freitag-Konzertes im „Archiv" auch für die Provokationen verantwortlich sein, die am Sonnabend zur Räumung der Kulturstätte und zu Ausschreitungen in Babelsberg und Potsdam geführt hatten. In „generalstabsmäßiger Art" hätten die „szeneuntypisch gekleideten" Randalierer „Sturmmasken" mit Reißverschlüssen über ihre Gesichter gezogen, mit mitgebrachtem Werkzeug Wegepflaster aufgebrochen, Lampen abgeschaltet und den Bagger in Brand gesetzt, so ein Besetzer gestern. Die Provokateure seien unerkannt vom Schlachthofgelände gegenüber dem „Archiv" entkommen. So hatten Besetzer am Dienstag auch die Polizei als möglichen Anstifter bezeichnet. Die Behörde wies das zurück.

Für die Randale nach der Archiv-Räumung erklärten sich die Konzertveranstalter nicht verantwortlich, distanzieren wollten sie sich davon aber – bis auf eine junge Frau – auch nicht. Die Verwüstung des Büros von Sozialdezernent Jann Jakobs am Dienstag spielten sie herunter. Der Polizei und der Stadt warfen sie eine generelle Anti-Besetzer-Linie vor.

Jakobs hatte den Besetzern erklärt, eine Rückgabe des „Archiv" komme derzeit nicht in Frage. Daraufhin stürmten über 50 Besetzer sein Büro, schlossen sich ein und warfen Akten aus dem Fenster. Es hatte 36 Festnahmen gegeben. Gegen 35 davon stellte die Potsdamer Staatsanwaltschaft, die sich für die Freilassung von acht überführten Gewalttätern in den Auseinandersetzungen vom 9. August in heftiger öffentlicher Kritik sieht, gestern beim Amtsgericht „Anträge auf Hauptverhandlungshaftbefehle". Damit könnten die Ruhestörer eine Woche lang festgehalten werden, um in dieser Zeit beschleunigte Verfahren durchzuführen. Das erste gegen fünf Besetzer wurde gestern angesetzt, doch lehnte das Gericht beschleunigte Verfahren ab. Alle Festgenommenen wurden der Polizei zufolge umgehend wieder auf freien Fuß gesetzt.

Krawalle in Potsdam – besetztes Haus geräumt

CDU: Lage unerträglich / Besetzer beschuldigen Polizei

Nach schweren Auseinandersetzungen zwischen Hausbesetzern und der Polizei am Freitag abend in Potsdam hat die Stadt am Samstag ein besetztes Haus räumen lassen. Die 21 Besetzer hätten das Haus in der Leipziger Straße 60 nach Gesprächen widerstandslos verlassen, teilte die Polizei am Sonntag mit.

Bei einem Konzert in dem Haus war es am Freitag abend zu Ausschreitungen gekommen. Nach Darstellung der Polizei hatten sich Anwohner in der Leipziger Straße mehrfach über Lärmbelästigung beklagt. Beamte seien zu dem Gelände gefahren, auf dem sich rund 300 Menschen versammelt hätten, und forderten die Veranstalter dazu auf, das Konzert spätestens um Mitternacht zu beenden. Bei den darauffolgenden Auseinandersetzungen sei ein Kleinbus der Polizei mit Molotowcocktails beworfen worden. Ein zweites Einsatzfahrzeug sei durch Steine beschädigt worden. Ein Polizist erlitt leichte Verletzungen. Ein in der Nähe stehender Bagger sei in Brand gesetzt worden. Während des bis spät in die Nacht dauernden Einsatzes habe die Lange Brücke für zwei Stunden gesperrt werden müssen. Von den rund 200 Hausbesetzern und Sympathisanten, die sich auf einer nahegelegenen Wiese am Brauhausberg versammelt hatten, seien einzelne Gruppen in die Innenstadt gezogen, berichtete die Polizei. Durch ein massives Polizeiaufgebot hätten Straftaten verhindert werden können. Von rund 90 Menschen seien die Personalien aufgenommen worden. Drei junge Männer im Alter von 17, 18 und 22 Jahren sowie eine 18jährige seien vorübergehend festgenommen worden.

Die Hausbesetzer machten die Polizei für die Eskalation der Lage verantwortlich. In einer am Sonntag verbreiteten Erklärung heißt es, die Ausschreitungen seien von einer Gruppe vermummter Zivilpolizisten inszeniert worden. Das Konzert sei bis etwa 23.15 Uhr friedlich verlaufen. Die etwa zehn Vermummten hätten dann parkende Polizeifahrzeuge angegriffen und den Bagger in Brand gesetzt. Gleichzeitig anrückende Hundertschaften der Polizei hätten dann das Gelände weiträumig abgesperrt. Die Hausbesetzer fordern die Aufklärung des verdeckten Polizeieinsatzes und die „sofortige Rückgabe des besetzten Gebäudes". Mit der Räumung habe die Stadt „wissentlich das letzte unabhängige Kultur- und Kommunikationszentrum für Jugendliche verschiedener Szenen" in Potsdam zerstört.

Nach den Ausschreitungen erließ die Stadt als Eigentümerin des seit 1994 besetzten Hauses am Samstag eine Ordnungsverfügung. Darin wurden die Besetzer aufgefordert, das Haus sofort zu verlassen. Nach ihrem Abzug wurde das Gebäude von Polizeikräften verschlossen.

Angesichts der neuerlichen Ausschreitungen hat die brandenburgische CDU die Räumung der besetzten Häuser gefordert. Der Zustand dauerhaften Rechtsbruchs sei unerträglich, erklärte CDU-Generalsekretär Thomas Lunacek.



31.8.97

Hausbesetzung in Friedrichshain verhindert

FRIEDRICHSHAIN (esch). Eine Hausbesetzung wurde gestern von der Polizei verhindert. Gegen Mittag hatten 18 Frauen versucht, über den Heizungskeller in ein leerstehendes Haus an der Marchlewskistraße zu gelangen. Davor versammelten sich weitere Menschen, darunter etwa 100 Teilnehmer einer Fahrraddemo. Die Polizei nahm die Personalien der Frauen auf, die danach wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Am Nachmittag sei die Lage entspannt gewesen, teilte ein Polizeisprecher mit.

24.8.97

Polizei löst Aufmarsch von Neo-Nazis auf

BERLIN (rtr). Die Polizei hat in der Nacht zum Sonnabend in Ludwigslust in Mecklenburg-Vorpommern einen Aufmarsch von rund 150 rechtsgerichteten Jugendlichen aufgelöst. Die Polizeidirektion Schwerin teilte mit, die Teilnehmer des Aufzugs hätten Fackeln getragen und Parolen gerufen, die auf einen Zusammenhang mit dem Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß hindeuteten. Die Polizei hatte Gedenkveranstaltungen zum zehnten Jahrestag des Todes von Heß am vergangenen Wochenende bundesweit verhindert. Die Polizei konnte den Aufzug in Ludwigslust nach eigenen Angaben ohne Gewaltanwendung beenden. Acht Personen seien vorläufig festgenommen worden. Ein Kamerateam habe den Aufzug begleitet. Es sei daher nicht auszuschließen, daß er inszeniert worden sei.

Brand in geräumtem Haus

Gebäude in Friedrichshain war „verriegelt und verrammelt"

Tagesspiegel 23.8.97

BERLIN (weso). Es war nicht der erste Brand im Haus Scharnweberstraße 28 in Friedrichshain, aber der folgenschwerste. Der Sachschaden ist noch nicht absehbar, aber eines darf schon als sicher gelten – es war Brandstiftung. Nach Auskunft einer Polizeisprecherin wurden mehrere Brandnester gefunden. Die Kripo hat die Ermittlungen übernommen. Das ehemals besetzte Haus war am 29. Juli geräumt worden.

Viermal sei in den vergangenen zwölf Monaten in dem Altbau Feuer ausgebrochen, sagte der PDS-Abgeordnete Over. Er zitierte Anwohner, die gestern vormittag von „warmem Abriß" gesprochen haben sollen. Die Feuerwehr war gegen 2.15 Uhr zu dem seit drei Wochen leerstehenden Haus gerufen worden und hatte die Bewohner der Nachbarhäuser aus den Betten geholt. Die Feuerwehr konnte ein Übergreifen der Flammen auf benachbarte Gebäude verhindern. Nach den Worten des Friedrichshainer Bürgermeisters Mendiburu war das Gebäude „wie eine Festung verrammelt. Wenn es Brandstiftung war, dann weiß ich nicht, wie die da rein gekommen sind". Er habe noch am Donnerstag seinen Wagen an der Scharnweber- Ecke Colbestraße geparkt und sich dabei das Haus angesehen. Mendiburu bestätigte, daß der Hauseigentümer einen Abrißantrag gestellt hatte, der aber vom Bezirk abgelehnt worden war, „weil die Bausubstanz des Hauses in Ordnung war".

Over, für den der Hausbesitzer der einzige Nutznießer des Brandes ist, verwies darauf, daß es „allein im letzten Jahr über zehn Brandstiftungen in besetzten oder ehemals besetzten Häusern in Friedrichshain" gegeben habe. Davon habe es allein im Haus Scharnweberstraße 28 fünfmal gebrannt. Für Helios Mendiburu gibt es auch noch andere Verdächtige: „Ebensogut kann es auch ein Besetzer gewesen sein", um mit der Tat den Verdacht auf den Eigentümer zu lenken.

Aus Worten werden Taten

Berlin, 18.08.97

Nachdem wir am 29.07.97, bzw. in der „Interim" Nr. 429 Militanz gegen den Räumungstango des Senates in Gestalt der SpekulantInnen und des allseits bestgehaßten Innnengenerals **Schönbohm** angekündigt haben, wollen wir uns nicht hinter unseren eigenen Worten verstecken.

Aus diesem Grund haben wir das **ehemals** besetzte Haus in der Palisadenstr. 49 in Friedrichshain am Freitag, 15.08.'97 mit Zwillen angegriffen. Die Scheiben des illegal nach 7 Jahren geräumten Hauses sind es sicherlich wert, zerstört zu werden. Hier errichtet der zuständige Spekulant ein Lager für seine Firma, und einige lukrative Eigentumswohnungen.

Der bekannte Spekulant **Peter Hellmich** und alle seine KollegInnen sollen wissen, daß es für sie schwer werden wird, einen Stadtteil, der stark von „linken" und „linksradikalen" Menschen geprägt ist, im Handstreich zu übernehmen. Sicherlich ist für Leute wie Hellmich der Verlust von ein paar hundert Märkern für ein paar Scheiben leicht zu verkraften, verdient er doch gut an seinem piefigen Sanitärhandel (weitere interessante Adressen: Lager Kaulsdorf, Wilhelmsmühlenweg 61-67; Lager Prenzlauer Berg: Kastanienallee 24). Jedoch, das Lager in Kaulsdorf hat es mit großem Sachschaden bereits erwischt, und nur sollte er wissen, daß wir ihn nicht vergessen haben, und er also jederzeit angreifbar ist.

Eine Warnung an alle anderen Spekulanten? Wir werden sehen, dennoch, wir befürchten, daß uns auf absehbare Zeit die Arbeit nicht ausgehen wird.

Was uns an der Pali-Aktion besonders gut gefallen hat: Sie fand praktisch unter den Augen der Bullen statt, die Wache „Friedenstraße" ist nur ca. 350 Meter entfernt. Da wir keinen Ärger mit den selbsternannten „Ordnungshütern" hatten, können wir potentielle NachahmerInnen nur ermutigen, sich nicht abschrecken zu lassen.

Einige autonome AnarchistInnen



eine kleine anfrage an das ***Kommando FVfdW*** (obwohl dies eigentlich kraft- und papierveschwendung ist): wann werdet Ihr endlich erwachsen? (FRIEDolin hat [fast] unsere einhellige zustimmung!!!

IFzB (kann eineR dieses kürzel entschlüsseln, kriegt dieseR mindestens eine packung weiße milka von uns)

p.s. was sind eigentlich Speziesisten (kennt selbst das rechtschreibprogramm von diesem rechner nicht)

wir melden uns

Vorsicht Anti-Antifa!

Am 8. August hat in Lübeck der Prozeß gegen den Naziterroristen Kay Diesner aus Berlin begonnen, der im Februar einen der PDS nahestehenden Buchhändler angeschossen und sich vier Tage später mehrere Schießereien mit Bullen geliefert hatte, wobei ein Beamter starb.
Diesner gehörte zum harten Kern der Berliner Naziszene, in die er über das ehemals besetzte Haus in der Lichtenberger Weitlingstraße gekommen war. Er war aktiv in der alten Nationale Alternative-Truppe um Oliver Werner, Oliver Schweigert, Frank Lutz, den ausgestiegenen Ingo Hasselbach, Heiko Baumert, Marcus Bischoff, Arnulf Priem u.a.
In diesem Zusammenhang war Diesner auch für die Anti-Antifa aktiv. Zusammen mit Oliver Werner und Oliver Schweigert war er für das Sammeln von Material verantwortlich, das dann mittels Computer ausgewertet wurde.
So wurde Diesner beispielsweise auf der RIM-Demo am 1. Mai 1994 festgenommen und deswegen später verurteilt. Vor dem Lübecker Gericht sagte er dazu aus, daß er auf der Demo Leute getroffen hätte, die ihm schon vorher aus einem Kreuzberger Buchladen bekannt waren.
Es besteht kein Grund zur Panik und unnötigen Abschottung, aber jedeR sollte sich der Gefahr bewußt sein und sich demnach verhalten. Haltet Augen und Ohren offen!

NPD Aufmarsch VERHINDERN!

Die NPD plant für den 13. September 1997 im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes in Hamburg einen Aufmarsch. Die Nazis mobilisieren hierzu bundesweit und wollen an den „Erfolg von München" anknüpfen, als am 1. März 1997 5.000 Nazis durch München marschieren konnten. Um dies zu verhindern hat sich in Hamburg ein breites Bündnis von Antifagruppen zusammengeschlossen. Der genaue Aufmarschort und Zeitpunkt stehen noch nicht fest, da die NPD diese erst kurzfristig bekannt geben.

Wir wollen aus Berlin mit Bussen nach Hamburg fahren und zusammen den NPD Aufmarsch verhindern, wie dies schon am 15. Februar in Hellersdorf geschehen ist. Antifa heißt Angriff!

Infoveranstaltung mit aktuellen News:
11. September, 20.30 Uhr, M99, Manteuffelstraße 99
(Veranstaltung der M99 Ladengruppe)

Hamburg, 13. September 1997

Busfahrkarten ab Berlin:

- ➔ Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a
- ➔ Kopierladen M99, Manteuffelstraße 96
- ➔ Infoladen Daneben, Rigaer/Liebigstraße
- ➔ Schreiner Café, Schreinerstraße 47



Abfahrt: Samstag früh, Volksbühne Rosa-Luxemburg-Platz.
Die genaue Abfahrtszeit gibt es bei den Kartenverkaufsstellen.

Antifaschistische Aktion Berlin · Waldemarstraße 36
10999 Berlin · E-mail: aab@omega.comlink.de



INFOs aus Dänemark



Dänemark , 16.August 97 :

NAZI - MARSCH FÛR HESS STØSST AUF HEFTIGEN WIDERSTAND DER LOKALEN BEVÖLKERUNG.

- eine Reportage von autonomen TeilnehmerInnen aus Kopenhagen

PROLOG

Bereits Wochen zuvor malten die bürgerlichen Medien ein zu erwartendes blutiges Szenario zwischen Nazis und Autonomen bei den diesjährigen Gedenkmarsch der Nazis für Hitlers zeitweiligen Stellvertreter Hess und forderten die Bevölkerung Roskildes auf, sich fern zu halten und " lieber baden zu gehen".

Noch gut in Erinnerung für alle waren die Ereignisse vor zwei Jahre , als die Bevölkerung von Roskilde - eine Kleinstadt mit 30.000 Einwohnern und international bekannt wegen des dort jährlich stattfindenden internationalen Rockfestivals - gemeinsam mit Aktivisten aus den autonomen Spektrum , die damalige Premier des Hessmarsches abrupt abbrach und die Faschisten Hals über Kopf aus der Stadt hetzte.

Zwei Jahre brauchten die dänischen Nazis um über diesen Schmach hinwegzukommen um es jetzt wieder zu versuchen. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Roskilde wollte diese antifaschistische Allianz zwischen Lokalbevölkerung und Linksradikalen vermeiden und verboteten den angemeldeten Nazimarsch. Worauf die Nazis für ihre " demokratischen Bürgerrechte " an den sozialdemokratischen Justizminister appellierten , der daraufhin sehr Medienwirksam das Verbot wiederum aufhob. Somit war der Weg nach Roskilde für die Nazis frei.

Der lächerliche Grund weswegen die Faschos die Stadt Roskilde für ihre Aufmärsche wählten, hat mit dem dortigen Wikingmuseum zu tun . So stellen sie ihre eigene Identität und Kultur in ein komplet ahistorisches und simples Verhältnis zu diesen geschichtlichen Hintergrund.

Obwohl die Faschos propagandistisch 400-500 TeilnehmerInnen annonzierten , war allen klar , das sie diesesmal weniger als beim ersten Marsch , wo sie um die 140 Nazis mobilisierten , sein werden . Der Grund dafür ist eine Spaltung innerhalb des Nazi-konzerns. Da sich die DNSB (Danmarks Nationalsocialistiske Bevægelse , unter 50 Mitglieder) inzwischen den einen der beiden international konkurrierenden Nazistrukturen / Musikverlage um die englische COMBAT 18 angeschlossen hatte, wurden sie deswegen von skandinavischen TeilnehmerInnen des ersten Hessmarsch die den konkurrierenden Nazi-Musikunternehmen Nordland / Resistance angehören, boykottiert.

Zwei antifa - Gegendemos waren angemeldet : eine lokale Initiative aus Roskilde und eine breite anti-rassistische des linken Spektrums aus Kopenhagen.

Samstag, am 16.August 1997

ROSKILDE

Der Zug der uns Samstag in der Mittagshitże von Kopenhagen in die 30 km entfernte Stadt Roskilde fuhr, war mit fast 1000 Anti-faschisten überfüllt. Alle waren gekommen : Ältere und junge Aktivisten des autonomen Spektrums, FeministInnen, GenossInnen aus den Solidaritätsgruppen, aus dem linksreformistischen parlamentarischen Bereich , aus den Restbeständen der K-gruppen und zahlreiche Anti-fas ohne bestimmter politischer Zugehörigkeit.

In Roskilde angekommen , verliessen wir - um die 70 Anti-fas aus dem autonomen Spektrum - bald den Sammelplatz der grossen offiziellen Demo , um die Faschisten mehr offensiv anzugreifen zu können. Scharf verfolgt von einer Abteilung Bullen in Kampfuniform , erreichten wir die zentrale Strassenkreuzung auf der Rute der Faschodemo . Nach kurzen Geplänkel und der darauffolgenden Bullenverstärkung,

wurde der Grossteil von uns von der Kreuzung weggetrieben und fürs erste von den Bullen eingekesselt. Die inzwischen zahlreich vertretene Lokalbevölkerung und der Rest von uns wurde nach einigen Planspielen von den Bullen von der strategisch günstigen Strassenkreuzung weggedrängt . Die aufkommende Gegenwehr mit wütenden, sporadischen Steinangriffen wurde sofort mit massiven Tränengas beantwortet. Dabei wurde ziellos in die anwesenden 2-300 Leuten hineingeschossen. Es gelang anfangs 3, 4 Tränengasgeschosse zu returnieren , was die Bullen veranlasste, kleinere Patronen anzuwenden. Eine Trånengasgranate traf eine grössere Anzahl von Zuschauern vor einen Supermarkt, worunter sich ältere Menschen und Kinder befanden !
Wegen der Absperrung des Strasse an beiden Enden durch Bullenketten, mussten alle in den anliegenden Park ausweichen um den Tränengas zu entgehen. Die meisten schlossen sich danach der weiter entfernt versammelten grossen Demo an. Während wir zu fünft versuchten auf Umwegen zum Sammelplatz der Faschos zu gelangen , in der Hoffnung , GenossInnen von uns dort wieder anzutreffen für ein gemeinsames vorgehen.. Auf dem Weg dorthin , fuhren GenossInnen mit einem Auto an uns vorbei und informierten uns mit aktuellen Infos. So erfuhren wir, das die Faschisten ihr ursprüngliches Demo-konzept aufgegeben hatten und anstelle in Køge demonstrierten. Einer alten Vorstadt südlich von Kopenhagen. Nur einige Metrostationen von der Nazizentrale in Greve gelegen. Also günstiger für die Nazis im Falle eines notwendigen Rückzugs.

ANGRIFFE AUF NAZIDEMO IN KØGE

Alle Antifas versuchten nun mit dem Zug dorthin zu gelangen .
Wir fuhren gemeinsam mit dem Auto sofort los. Nach Umfahrung der errichteten Bullenkontrollen kamen wir nach einer halben Stunde in Køge an. Zu Fuss näherten wir uns der Bahnstation , um auf die Demo hier zu warten. Wir wussten , dass die Bullen den Zug nur mit grosser Verzögerung passieren lassen werden. Später erfurhren wir, dass die Demoteilnehmer gewaltsam die vor den Zug errichteten Bullenketten stürmen mussten, um in den Zug von Roskilde nach Køge zu gelangen.
Nun standen wir in Køge . Keine Faschos weit und breit , alles sehr ruhig und niemand wusste unmittelbar weiter...
Faktum war , das die Faschisten aus dem Zug der sie nach Roskilde führen sollte abgehauen waren und sich auf den Marsch nach Køge befanden , als sie von den anfangs überraschten Bullen eingeholt wurden und zunächst eingekesselt wurden.Eine Stunde später liessen die verhandlungsbereiten Bullen die nicht angemeldete Faschodemo nach Køge marschieren ! Eine Entscheidung, die einer linken Demo in einer ähnlichen Situation nie erteilt worden wäre !!
Viele Gerüchte schwirrten umher , nur war damit nicht viel anzufangen. So blieben wir - eine lose Ansammlung von 12 - 15 Antifas etwas ratlos in der Nähe der Metrostation. Plötzlich hörten wir Marschlieder und gleich darauf sahen wir dänische Fahnen und die Spitze der uniformierten Faschisten um die Strassenecke kommen. Völlig überrascht zogen wir uns in die nächste Seitenstrasse zurück . Die meisten meinten, dass es wegen des ungleichen Kräfteverhältnisses zu gefährlich wäre , die Faschodemo anzugreifen und zogen sich weiter zurück. Eine Handvoll von uns vorbereitete sich fieberhaft auf die Attacke gegen die Faschos vor, um für deren allgemeinen Verunsicherung beizutragen. Wir empfingen sie mit gezielten Flaschenwürfe voll hinein in ihre Demo und skandierten dazu unsere Bezeichnung für sie : " Nazischweine " - " Nazischweine " . Nachdem die totale Überraschung ihrerseits sich gelegt hatte, rannten so um die 15 - 20 schwarz vermummte Faschos heran und bewarfen uns mit einer geballten Ladung Steine und vollen Flaschen. Dabei riefen sie auf deutsch : " Haut ab ! Haut ab ! " . Die deutsche Sturmabteilung des Nazimarsches ...
Wir mussten uns wegen des ungleichen Zahlenverhältnisses zurückziehen , rannten um die Ecke zum grossen Platz vor der Metrostation . Da sahen wir den relativ kleinen Zug der Faschos - so um die 90 - 100 TeilnehmerInnen in Richtung Zug hasten.Scharf verfolgt von lokalen Bürgern und Antifas aus Kopenhagen. Dazwischen die Bullen als Pufferzone. Die Faschos drängten sich panisch in den bereitstehenden Zug , während die 50-70 Bullen in Kampfuniform die Antifaschisten abdrängten. Die Antifas feuerten einen Teil Wurfgeschosse auf die Nazis , die im Schutze der Bullen und ihrer Hakenkreuzschilder die Angriffe mit Steinen und Flaschen beantwortete.
Der Faschoaufmarsch war so strukturiert, das die ungefähr 30 dänischen Nazis - der DNSB an dessen Spitze gingen und danach die Nazidelegationen aus Schweden, England, Norwegen, Holland und Deutschland . Die deutschen Faschos - darunter sogen.



" Hammerskins " - stellten den grössten Kontingent und waren gleichzeitig der organisierte militante Kern der Demo.
Später erfuhren wir, das der " Führer " der dänischen Nazis Jonni Hansen , sowie ein holländischer und ein deutscher Nazi eine Rede am Hauptplatz von Køge hielten.
Begleitet von wütenden Zurufen von seiten der anwesenden EinwohnerInnen von Køge.

VERFOLGUNG DER NAZIS ZU IHRER ZENTRALE

Erst nachdem der Zug mit den Nazis abgefahren war, liessen die Bullen den inzwischen angekommenen Zug mit dem gros der Antifa-demo in Køge einfahren.
Nach einigen Scharmützel mit den jetzt zahlreich anwesenden Bullenformationen gelang es den Demoteilnehmerinnen in einen entgegengesetzten Zug den Nazis nachzufahren. Viele der TeilnehmerInnen gelang es gemeinsam zu der zur Festung umgebauten Zentrale der Nazis im Villenviertel der Vorstadt Greve zu gelangen.
Dort wurden der Nazibunker in der ihr " Führer " Jonni Hansen offiziell wohnt, massiv mit Wurfgeschossen angegriffen. Die Bullen setzten zum Schutz der Faschos Unmengen von Tränengas ein und konnte dadurch letztendlich die Demo zerstreuen.
Zurück blieben die verunsicherten TeilnehmerInnen der Nazidemo , eingeigelt in ihren tristen Festungsbunker in Greve . In der defensivsten Situation, die frau sich vorstellen kann. Ihr politisches Kalkül, sich durch eine Propagandashow nach aussen hin profilieren zu können, ist wieder kläglich gescheitert. Tatsächlich konnten die Nazis sich nur mit Hilfe eines militärisch gerüsteten Bullenapparates (800 Bullen im Einsatz) in die Öffentlichkeit wagen. Eingeengt in Zeit und Raum , trotz der konsequenten Protektion durch den staatlichen Repressionsapparat. So soll es auch weiterhin bleiben !

No Pasaran !
einige autonome aus Kopenhagen
19.August 1997

PS. Solidarische Grüsse an alle Anti-fas international !
Zusammen kämpfen !

---

wir haben in der nacht vom 20. zum 21.8.97 die scheiben der kneipe "vier stufen" in königs wusterhausen eingeschmissen. königs wusterhausen ist seit der wende (und kurz davor !!!) in der hand von nazis und "aushilfsnazis". durch ihre massenhafte präzens werden linke und "fremde" (alles was nicht so ist wie das 4.reich es will) eingeschüchtert. pöbeleien u.ä. sind an der tagesordnung. das letzte todesopfer wurde im frühjahr von 5 14- (!!!) bis 21jährigen "produziert". npd-aufkleber sind in königs wusterhausen überall zu finden. weitere stichwörter zur gegend: dolgenbrodt, halbe ... wehrsport in den wäldern der umgebung, anfang der 90ziger kkk, nf, ... morde an "pennern".
diese kneipe ist (war??) nazitreff. mit unterstützung ist es möglich später auch andere ziele (clubs,...) und vor allem ihre besucher anzugreifen.
widerstand ist bisjetzt ausgeblieben. bis auf "schloß zeesen" (besetzt) südlich von königs wusterhausen nichts.dort jedoch (leider): kiffen, saufen, punk sein, ... organisierter antifaschistischer widerstand unmöglich! faschos hier sind nur gezielt und aktionsreich zu bekämpfen.

desweiteren haben wir die stadt mit parolen verziert.wir hoffen daß sich mit der problematik "berliner umland" endlich angemessen beschäfftigt wird.
da wir infos über faschotreffs u.ä. haben werden wir versuchen nach königs wusterhausen zu mobilisieren - militant und unangemeldet - nur wenn ein (nazi-) idiot angst hat, solche "behandlungen" (50 leute überfallen ihn) könnten sich wiederholen wird er "ruhig" werden, zumal die nazis in königs wusterhausen keinen (militanten) widerstand kennen. wir hoffen das sich bei einem aufruf in der "interim" und anders wo auch leute zusammen schließen und auch mal ohne demo geschlossen und vorbereitet wohin fahren. nur so (spontane ansammlungen und angreifen von faschos) lassen sich nazis in königs wusterhausen bekämpfen.
wir "melden" uns!

in diesem sinne -
lasst uns die brutstätten der nazis bekämfen!!
schafft ein, zwei, drei, viele hellersdorf!
nie wieder provinz und heimat!

autonome und "bürgerliche" Antifas

Vertriebene sind Kriegstreiber!

Am 14. September 1997 veranstaltet der "Bund der Vertriebenen" (BdV) wieder einmal seinen alljährlichen "Tag der Heimat" in der Stadthalle Braunschweig. Mit von der Partie werden auch erneut VertreterInnen der Stadt Braunschweig sein, sowie weitere Polit-Prominenz aus der Region. Dieses Treffen stellt eine Manifestation einer revanchistischen, völkischen Politik dar, welche auf die Nichtung von antiexpansionistischen, friedenssichernden Maßnahmen der Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg gegenüber Deutschland abzielt.
Dieses Jahr haben sich Autonome Gruppen aus ganz Norddeutschland zusammengefunden, um den "Tag der Heimat" in Braunschweig, symbolisch für die unzähligen anderen "Vertriebenen"-Aktivitäten in der BRD zu verhindern.

Der BdV ist eine der mitgliederstärksten und einflußreichsten, rechten revanchistischen Organisationen in der BRD. Als solche hat er, dessen politische Heimat vor allem in der CDU/CSU liegt, eine ausgeprägte Braunzone hin zu offen faschistischen Gruppierungen und Einzelpersonen. Der BdV hat sich 1958 als Nachfolgeorganisation des nationalsozialistischen "Bund Deutscher Osten" gegründet, welcher 1945 zerschlagen worden war. So hat sich der BdV im Kanon dieser alten nationalsozialistischen Kriegshetze konstituiert. Seine Kernbestrebung und die seiner angeschlossenen Landsmannschaften ist es, seinen Mitgliedern die Wiederaneignung ihres vermeintlichen "Eigentums" zu ermöglichen, und dieses liegt eben in Polen, Tschechien, der ehemaligen Sowjetunion, etc..
Oder, wie es in der Sprache der Kriegstreiber heißt: "*zurückzukehren in das deutsche Reich, inklusive der Gebiete östlich der Oder-Neiße, des Sudetenlandes und der deutschen Siedlungsgebiete zwischen Ostsee und schwarzem Meer.*"(Ex-BdV Vizepräsident Herbert Hupka). Ergo erkennt der BdV auch nicht die Grenzen der BRD, und somit die Grenzen der Nachbarstaaten an. Für ihn ist weder die Grenzziehung des Potsdamer Abkommens gültig, noch die 2+4-Verträge, in denen die BRD die bestehende Grenzziehung endgültig anerkannt hat. Helmut Sauer forderte in seiner Festtagsrede zum "Tag der Heimat" 1996 in der Braunschweiger Stadthalle sogar "*die Revision der Verträge von Versailles und Genf*". An diesen Positionen hat sich auch durch die deutsch-tschechische Erklärung nichts geändert. Programm ist weiterhin die politische und ökonomische Landnahme angeblich deutscher Gebiete im Osten. Und wenn nötig und es die historische Konstellation erlaubt, auch durch kriegerische Annexion. Damit liegt der BdV auf dem Kurs der BRD-Regierung, die sich dessen Unterstützung bei ihrer revanchistischen Außenpolitik jährlich rund 150 Millionen DM kosten läßt. Der völkische Wahn kennt keine Grenzen.



Deshalb hat sich die "Antirevanchistische Koordination Autonomer Gruppen aus Norddeutschland" zusammengefunden, um deutschen Großmachtphantasien, egal welcher Couleur, entschiedenen Widerstand zu leisten! Es gilt den diesjährigen "Tag der Heimat" als Manifestation völkischen Denkens und Handelns zu verhindern!
- by any means necessary!

ANTIREVANCHISTISCHE KOORDINATION
AUTONOMER GRUPPEN AUS NORDDEUTSCHLAND

Dem völkischen Pack auf die Pelle rücken!

V.i.S.d.P.: Ingeborg Hufschmid, Hohe Straße 32, Hamburg

Das Phantom in der Flora

Der folgende Text soll eine kritische Reflexion der Unterstützungsarbeit darstellen, die zu der Idee von IZI (Interessensgemeinschaft der Flüchtlinge), in der Flora einen Raum zu schaffen, in dem sich Flüchtlinge öffentlich ihrer Abschiebung widersetzen, gelaufen ist.
Während der Auftakt der Aktion szeneöffentlich bekannt war und von vielen diskutiert wurde, war am weiteren Verlauf fast nur noch das AGA beteiligt. Der weitere Verlauf ist nur noch sehr eingeschränkt transparent geworden. Viele Gruppen oder Einzelpersonen haben sich aus den Diskussionen bereits am Anfang rausgezogen und die Auseinandersetzungen waren für Außenstehende nur noch schwer greifbar. Der Stand der Dinge wurde wenig bis gar nicht nach außen vermittelt. Gleichzeitig wurde aber auch kein Interesse von Nichtbeteiligten formuliert.
Wir sind eine Gruppe von Leuten aus dem autonomen Spektrum, die lose koordiniert an dem Aktionsbündnis teilgenommen hat. Der folgende Text soll sowohl die Entwicklung faßbarer machen als auch unsere Einschätzung vermitteln. Während sich der grobe Ablauf in der beiliegenden Chronik findet, greifen wir uns in diesem Papier einzelne Punkte heraus, auf die wir ausführlicher eingehen.

Die Initiative zu dieser Aktion ging von IZI aus. Ziel dieser Gruppe von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien ist/war die Selbstorganisierung des Widerstands von MigrantInnen. Mit einer kurzfristigen Besetzung der Roten Flora am 26. April haben die Flüchtlinge von IZI mit Nachdruck ein Verhalten der radikalen Linken zu den in großem Ausmaß stattfindenden Abschiebungen - seit 1.5.1997 konkret verschärft durch den Beginn der Massenabschiebungen nach Ex-Jugoslawien (2.Stufe des „Rückführungs-abkommens") - und konkrete Unterstützung für ihre Aktion eingefordert.
Zur Unterstützung dieser Aktion gründete sich das „Aktionsbündnis praktische Solidarität gegen Abschiebung", kurz AGA.
Das AGA entstand aus den ersten Plena, die in der Flora stattfanden, und war demzufolge sehr heterogen zusammengesetzt.
Es gab einen Gruppe von ErstunterstützerInnen, die die Aktion mit angeschoben haben und von denen Teile bis zum Schluß dabei waren, es gab Leute und Gruppen aus der autonomen Linken mit (unterschiedlich direktem) Bezug zur Flora und Leute aus verschieden Teilen der AntiRa-Linken.
Als Resultat der ersten Treffen entstand eine Struktur, die auf der Arbeit in verschiedenen AG's (Bau-, Öffentlichkeit-, Schutz-, Finanz-/Materialgruppe) basierte.
Zweimal die Woche sollte das AGA als Ganzes tagen, um die Ergebnisse der einzelnen AG's zusammenzutragen und inhaltlich zu diskutieren. Die Arbeit des AGA sollte jeden Sonntag auf einem offenen Plenum zur Diskussion gestellt werden. Diese Struktur existierte mit abnehmender Tendenz bis zur Demo am 28.6.
Zur Zeit gibt es keine kontinuierlichen Treffen in der Flora mehr.

Wir haben uns kontinuierlich und intensiv am AGA beteiligt und sind mit der Orientierung zur Demo hin - Ende Mai/Anfang Juni - nacheinander aus der Diskussion im AGA ausgestiegen. Auf mehreren Treffen in den letzten Wochen haben wir zusammen nach den Gründen dafür gesucht und wollen unsere Einschätzung und unsere Kritik an der Aktion transparent machen.



Unser gemeinsamer Ausgangspunkt war es, den Versuch von Flüchtlingen, sich einen Handlungsspielraum gegen die herrschende Normalität zu erkämpfen, nach Kräften unterstützen zu wollen. Dieser Ansatz war ein Versuch von Flüchtlingen, ihrer Gegenwehr im öffentlichen Raum mehr Gewicht zu verleihen.
Das war für uns die Basis, die geplante Aktion zu unterstützen und uns in die Arbeit des AGA einzubringen. Obwohl wir in Anbetracht der gesellschaftlichen Situation skeptisch waren, ob die Aktion erfolgreich sein könnte, sahen wir darin die Möglichkeit, die Forderungen nach offenen Grenzen und Bleiberecht mit einer offensiven Aktion nach außen zu transportieren.
Obgleich die Unterstützung von IZI das Ziel aller Beteiligten am AGA bildete, stellte es sich als schwierig heraus, sinnvoll zusammenzuarbeiten. Wir standen ziemlich schnell vor zwei Problemen. Zum einen wurde uns zunehmend unklarer, wie IZI sich die Aktion über die Ausgangsidee hinaus vorstellte, zum anderen stellte es sich als schwierig heraus, im AGA offene und gemeinsame Auseinandersetzungen zu führen.
Diese Probleme, die sich an unterschiedlichen Punkten der Zusammenarbeit sowohl mit IZI als auch den anderen AGA-Beteiligten stellten, betrachten wir im nächsten Abschnitt in grober Folge.

Zu Beginn der Aktion haben wir das Modell von IZI so verstanden, daß von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge in die Flora einziehen, um sich dort öffentlich der Abschiebung zu widersetzen. Begleitend dazu hat sich IZI eine Kampagne gewünscht, in der über öffentlichen Druck die Abschiebung bestenfalls verhindert, mindestens aber öffentlich sichtbar zum Thema werden sollte. Die Entscheidung für die Flora als Ort wurde damit begründet, daß es kaum noch grundsätzliche Opposition gegen die Abschiebepolitik der BRD gibt und sie sich im Umfeld der Roten Flora die Bereitschaft erhofft haben, konsequente Gegenwehr gegen diese Politik zu unterstützen und zu praktizieren.
Für uns war die Unterstützungsarbeit von Anfang an eine Gratwanderung.
Wir wollten die Aktion unterstützen und dabei besonders genau und vorsichtig mit unserer Beteiligung umgehen.
Unser Eindruck war, daß die Einschätzung der Mobilisierungsfähigkeit sowie der konkreten „Schutzmöglichkeiten" in der Flora einen bestimmenden Faktor für die Aktion darstellte.
Unsere Absicht war, eine möglichst realistische Einschätzung, was die Flora als Ort und als Struktur darstellen kann, zu geben. Unserer Meinung nach kann die Flora nicht, wie zum Beispiel Kirchen, auf eine symbolische Räumungsbarriere setzen, auch wenn eine Auseinandersetzung um die Flora den politischen Preis in die Höhe treiben kann. Konkret läßt sich nur sehr begrenzt tatsächlicher Schutz gewährleisten. Die politische Stärke der Flora als Aktionsort sahen wir in der Chance, die Aktion zu verbreitern, Öffentlichkeit herzustellen und daran perspektivisch Diskussionen zu entwickeln - innerhalb und außerhalb der Flora.
Die Diskussion kreiste zu Beginn um Begrifflichkeiten wie 'Schutzraum' versus 'Anlaufstelle', an denen sich grundsätzliche Fragen festmachten.
Mit dem Begriff 'Schutzraum' verband sich unserem Eindruck nach das Bild, in der Flora wirksamen Schutz leisten und garantieren zu können, den sich in der Flora aufhaltenden Flüchtlingen eine gewisse Sicherheit bieten zu können.
Das Modell 'Anlaufstelle' reichte von einem Beratungsbüro bis zu einem nicht weiter definierten „Raum", dessen Funktion unklar blieb.
Der Begriff 'Schutzraum' blieb die ganze Zeit umstritten. Auf der einen Seite stellt ein solcher Raum das angestrebte Maximalziel dar, auf der anderen Seite haben wir derzeit nicht die Strukturen oder die Möglichkeiten, den entsprechenden Schutz zu gewährleisten und sehen es nach wie vor als unsere Verantwortung, dies ganz eindeutig an die Flüchtlinge, die sich zu der Aktion entscheiden, zu vermitteln. Diese Position wurde so weder von IZI noch von Teilen des AGA geteilt. Es wurde fehlender Enthusiasmus bis hin zur Ablehnung der Aktion gegenüber wahrgenommen oder unterstellt, oder es wurden die Möglichkeiten, die die bestehenden haben, anders eingeschätzt. Aus der Begeisterung für die Aktion und dem Willen zur Solidarität lassen sich jedoch keine Strukturen aus dem Hut zaubern und es kann nicht zur Basis einer solchen Aktion werden, Möglichkeiten, die es nicht gibt, durch Gaukelspiel zu ersetzen.
Es hat sich als dauerhaftes Problem gezeigt, diese Einschätzung zu vermitteln, ohne dabei gleichzeitig als BremserInnen zu wirken. Diese Debatte ist weder zu einem abschließenden Ergebnis gekommen, noch ist allen deutlich geworden, daß es sich bei dem Begriff Schutzraum um eine problematische, nicht konsensfähige Beschwörung handelt. Bis zum Schluß geisterte der Begriff durch Debatten und Protokolle und wurde immer wieder zur widerspruchsfreien Parole erklärt.



Während unsere Einschätzung sich auf das von IZI zu Anfang vermittelte Modell bezog, hat sich diese Ansage im Laufe der Zeit als immer schwerer faßbar herausgestellt.
Dabei ist ein problematische Kreislauf entstanden: Während die Fragen nach der genauen Ausgestaltung der Aktion immer brennender wurden, rückte genau diese inhaltliche Ausgestaltung in immer weitere Ferne.
Die Unsicherheit, die in diesen Diskussionen begann, wuchs im Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen zu einem immer größeren Problem an. Es war offensichtlich nicht möglich, von IZI eine genauere Bestimmung ihres Vorhabens zu erhalten. Es wurde statt dessen immer unklarer, wer was mit welchen Gründen machen wollte und die Einschätzungen zu den Möglichkeiten von Unterstützung kreisten zunehmend im luftleeren Raum, sobald es über bauliche Maßnahmen hinausging.
Irgendwann war der Punkt gekommen, wo zur Auflösung des Dilemmas im AGA nur noch drei Möglichkeiten verhandelt wurden: Entweder selber für die Aktion/für die Flüchtlinge ein Konzept zu entwickeln oder ein Konzept als Angebot zur Übernahme an IZI vorzuformulieren oder ganz auszusteigen. Alle diese Positionen waren im AGA vertreten und sind teilweise umgesetzt worden. Wir haben statt dessen darauf gesetzt, daß IZI irgendwann ein Konzept vorlegt und immer wieder bei IZI nachgefragt.
Die tatsächliche Vorstellung von der Aktion ist uns aber bis heute nicht klar geworden.
Ein Grund dafür bestand darin, daß IZI für uns von Anfang an nicht greifbar und selten durchschaubar war: Der Diskussionsstand und die Auseinandersetzungslinien innerhalb der Gruppe, die Stimmungslagen, die Möglichkeiten und Vorbehalte von Einzelnen sowie Widersprüche wurden uns selten bis gar nicht vermittelt. Äußerlich von IZI wahrnehmbar blieb so in erster Linie die Widersprüchlichkeit, einerseits den Willen zur Zusammenarbeit zu betonen und andererseits mit einer latenten bis stetig offenbaren Vorwurfshaltung an diese Zusammenarbeit heranzugehen. An verschiedenen Punkten hatten wir den Eindruck, daß

die schematische und undifferenzierte Zuordnung des ganzen AGA oder von AGA-Teilen zu bestimmten inhaltlichen Positionen und die damit verbundene Pauschalkritik eher einem machtpolitischen Taktieren als einem konstruktiven Miteinander geschuldet war.
Erschwert wurde die Zusammenarbeit zweifellos auch dadurch, daß IZI auf den gemeinsamen Plena vorwiegend durch immer dieselbe Einzelperson vertreten wurde. Es blieb oft unklar, ob wir mit Inhalten, Gedanken und Positionen von IZI, der IZI-Mehrheit oder einer Einzelperson zu tun hatten.
Hinzu kam, daß es nicht gelungen ist, das Übersetzungsproblem zu lösen und außenstehende DolmetscherInnen aufzutreiben. Dadurch blieb die Übersetzungsleistung fast immer an einer Einzelperson hängen. Das hatte Überanstrengung zur Folge und war zudem problematisch, weil die Person sehr involviert in das Geschehen war und nach eigenen Angaben keinen unvoreingenommenen Transfer leisten wollte/konnte.



Im Verlauf der Auseinandersetzungen gab es für uns immer wieder Situationen, in denen vollkommen in Frage stand, ob IZI diese oder eine andere Aktion überhaupt (noch) machen will. An der Frage des Umgangs mit solchen Punkten brachen die AGA-internen Konflikte mit großer Regelmäßigkeit auf. Es ging darum, ob wir als UnterstützerInnen im Zweifelsfall selbst initiativ werden können und wollen, um die Aktion anzuschieben. An dieser Frage wurden grundlegend unterschiedliche Vorstellungen der Unterstützung von Selbstorganisierung deutlich. Etwas polarisiert lassen sich die Positionen zusammenfassen: a) wenn ich Selbstorganisierung unterstützen will, dann muß ich notfalls auch mal selbst organisieren; b) wenn ich Selbstorganisierung unterstützen möchte, dann kann ich nicht stellvertretend für andere organisieren.
Wir gehen nach wie vor davon aus, daß die konkrete Ausgestaltung der Aktion die Sache von IZI gewesen wäre. Auf der Basis einer klaren Ansage hätte die Möglichkeit bestanden, alles weitere gemeinsam zu erarbeiten. Diese Basis kann aber nicht dadurch ersetzt werden, daß die UnterstützerInnen anfangen, stellvertretend für die Flüchtlinge die Aktion zu forcieren und zu bestimmen. Diese Position leitet sich aus einem Verständnis antirassistischer Politik her, in dem wir mit strukturellen Unterschieden umgehen müssen.
Für uns heißt Unterstützung dann in einem zweiten Schritt, Diskussionen gemeinsam zu führen und Positionen zu entwickeln, die von allen Beteiligten getragen werden. Dabei ist es auch wichtig, die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der beteiligten Personen mitzudenken. Es heißt für uns nicht, die Entwicklung dieses Prozesses durch das Durchsetzen von eigenen Konzepten zu bestimmen, was aber in der unklaren Situation durch ein eingebrachtes eigenes Konzept leicht passiert wäre.
An mehreren Punkten ist diese Problematik im AGA anhand von Vorschlägen für Eigeninitiativen diskutiert worden. Die Vorschläge gingen von der Veranstaltung einer Party, „damit sich die Flüchtlinge die Flora mal ansehen können", um ihnen damit eine Aktion in der Flora ans Herz zu legen, über die Möglichkeit, die Aktionsmodelle selber auszuformulieren, damit sich IZI eines aussuchen kann, bis zu der Idee, falls IZI die Aktion unter den Ausgangsbedingungen nicht mehr machen will, die Räume fertig zu machen, um dann eben selber Flüchtlinge in die Flora und für die Aktion zu mobilisieren. Für uns stand jedesmal dagegen, daß die Basis der Aktion darin lag, daß IZI sich die Flora ausgesucht hat, um dort eigene Vorstellungen umzusetzen und nicht darin, für eine von uns gewünschte Aktion eine Flüchtlingsselbstorganisierung zu inszenieren. Wir sehen einen Unterschied darin, Räume zur Verfügung zu stellen und die stattfindende Aktion politisch zu unterstützen oder den politischen Rahmen auch gleich selber zu bestimmen.

★

Wir hätten unseren hier skizzierten generellen Ansatz sowie unsere Positionen zu den einzelnen konkreten Punkten vermutlich früher, klarer, eindringlicher und öfter an IZI vermitteln müssen und uns dabei mehr darum bemühen müssen, IZI als Gesamtgruppe ansprechen zu können.
Die fehlende Thematisierung der Frage, was innerhalb der Struktur von deutschen Privilegierten und mit Rassismus/Nationalismus konfrontierten MigrantInnen für wen wie möglich ist, hat es verhindert, sich über die verschiedenen Herangehensweisen innerhalb des AGA zu verständigen. Diese Diskussion haben auch wir zu wenig eingefordert, so daß die Unterschiede zwar an konkreten Punkten zu Konflikten geführt haben, es aber nicht zu einem produktiven Ergebnis kam. Statt dessen haben sich die unterschiedlichen Herangehensweisen gegenseitig gelähmt.
Den Stil, in dem Auseinandersetzungen innerhalb des AGA geführt wurden, halten wir für ein politisches Desaster. In unseren Augen war oft jede Grundlage in Frage gestellt, um überhaupt weiter miteinander agieren zu können. Auftreten und Kommunikation schien durchgehend von taktischen Schachzügen geprägt: selektive Bezugnahme auf Positionen oder Personen, begrenzte Auseinandersetzungsbereitschaft an wesentlichen, z.T. oben angesprochenen Punkten, Inszenierung einer „anderen" Position, der dann in Folge Fragen, Zweifel und Widersprüche zugeordnet sowie mit Ablehnung der Aktion und deutscher Bequemlichkeit gleichgesetzt wurden.
Immer wieder wurde - innerhalb des AGA, aber auch nach außen - eine Klarheit und Widerspruchsfreiheit suggeriert, die Zweifel und Unsicherheiten wegfegte oder denunzierte und Kritik deckelte.

Der ständige Versuch, moralischen Druck strategisch einzusetzen („wie kannst du diese Zweifel haben, während die Situation in der BRD soundso ist?") mündete immer wieder Angriffen auf die persönlich/politische Integrität einzelner Beteiligter.
Teilweise ist dies sicherlich eine Auswirkung des Drucks, unter dem alle AGA-Beteiligten standen sowie von Kommunikationsschwierigkeiten, teilweise werden hier aber einfach unterschiedliche Herangehensweisen an politische (Zusammen-) Arbeit deutlich. Zumindest im Nachhinein können wir sagen, daß wir dies so nicht (mehr) mittragen wollen.
Wir haben es versäumt, uns (und anderen, die deswegen ausgestiegen oder erst gar nicht eingestiegen sind) die Möglichkeit zur Kritik zu erkämpfen bzw. unangenehme Konfrontationen zu suchen. An Punkten, wo uns eine inhaltliche Diskussion wichtig gewesen wäre, haben wir nicht vehement genug dafür gestritten. Dafür sehen wir mehrere Gründe: wir haben uns nicht genügend kurzgeschlossen, hatten Angst, mögliche Entwicklungen ganz zu blockieren und haben die (wenigen) Versuche als wenig aussichtsreich erlebt. Das hat dazu geführt, den Prozeß immer wieder mitzutragen.



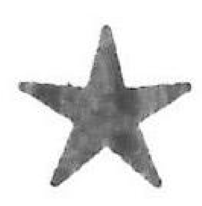
In Bezug auf die Resonanz der Aktion innerhalb der Hamburger antirassistischen Linken läßt sich nur festhalten, daß sie äußerst gering und der allgemeinen Schwäche linker/links-radikaler Bewegungen entsprechend war.
Es ist allerdings notwendig, hier zu differenzieren. Vor allen Dingen zu Anfang haben sich viele Menschen an den Bauarbeiten beteiligt und das ist auch der Bereich geblieben, in dem am meisten passiert ist.
Darüber hinaus hat sich aber nur ein kleiner Kreis von Gruppen und Personen inhaltlich eingebracht, während sich die meisten gar nicht verhalten oder auch nur Interesse signalisiert haben. Dies wäre nicht nur in Form tatkräftiger Unterstützung, sondern auch als inhaltliche Kritik nötig und - zumindest von uns - erwünscht gewesen. Daß Kritik und Fragen vorhanden waren, hat sich in unzähligen Einzelgesprächen und -äußerungen gezeigt. Sie ist jedoch auf den teilweise explizit dafür vorbereiteten Offenen Plena nicht sonderlich kontinuierlich oder produktiv eingebracht worden.
Dieses Nicht-Verhalten halten wir auch deswegen für enttäuschend, weil wir in einer derartigen Aktion/ einem solchen Ansatz die Möglichkeit gesehen haben, einen geringer werdenden Widerstand gegen staatlich-rassistische Abschiebe- und Flüchtlingspolitik wieder zu diskutieren und weiterzuentwickeln.
Die Unterstützung innerhalb „der" Flora selbst beschränkte sich auf einige wenige Einzelpersonen. Eine gemeinsame Unterstützung durch die Projektstrukturen oder die dort arbeitenden Gruppen gab es nach kurzem anfänglichen Interesse nicht. Es wurde überdeutlich, daß der Anspruch, sich als kollektives Projekt politisch zu verhalten, zur Zeit nicht eingelöst wird oder nicht besteht. Dies verstehen wir aber weniger als Vorbehalt gegenüber der Aktion, sondern in einer allgemeinen politischen Schwäche und Auflösung von Flora-Strukturen. Dem kann und sollte szeneweit entgegengewirkt werden.



In der Gesamtrückschau sehen wir die Aktion als gescheitert an.
Die Situation stellt sich heute so dar, daß außer großen Bauaktivitäten in der Flora eigentlich nichts passiert ist und wir heute eine Aktion nachbereiten, die nur aus ihrer Vorbereitung bestand.
Die Unsicherheit über das Wie und Was der Aktion zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Monate und hat in großem Maß dazu beigetragen, daß es noch immer schwierig ist, das Phantom greifbar zu machen und die Entwicklung darzulegen.
Wir denken heute, daß eine bewußte inhaltliche Polarisierung von Widersprüchen die vorhandenen Brüche früher deutlich gemacht hätte und mit ausgesprochenen Konflikten dann ein genauerer Umgang möglich gewesen wäre. Wir haben jedoch aus einem unterschiedlich schnell, dafür aber sicher entstandenen Überforderungsgefühl heraus immer wieder versucht, Konflikte zu überbrükken..
Die endgültige Orientierung zur Demo hin sehen wir als ein definitives Abhaken der stärker werdenden Nachfragen zum Charakter der Aktion. Um es nochmals deutlich zu machen: Es ging uns nie um das „Warum" der Aktion oder darum, über das „Ob" entscheiden zu wollen, sondern immer um Klarheit über das „Wie" und das „Was"!

Wenn wir die Aktion heute als gescheitert betrachten, sind wir uns darüber im klaren, daß nicht alle Beteiligten in diesem Versuch den gleichen Preis gezahlt haben und das Scheitern uns unterschiedlich betrifft. Die Bewertung wird daher sicherlich unterschiedlich ausfallen.
Wir hoffen, mit diesem Text unseren Teil zur Aufbereitung des Verlaufs beitragen zu können und Erfahrungen verfügbar zu machen.

einige aus der öff-ag



1977-1997
20 JAHRE „DEUTSCHER HERBST"
UND KEIN ENDE...

Aufruf für eine Veranstaltungsreihe im Herbst diesen Jahres

Dieses Jahr wird es genau 20 Jahre her sein, daß in der Bundesrepublik Deutschland (später dann Großdeutschland) eine Entwicklung begann, deren Anfang als „deutscher Herbst" in die Geschichte einging.
Dieser „deutsche Herbst" steht für große Teile der außerparlamentarischen und radikalen Linken wie kein anderes Datum für eine staatliche Offensive unvorhersehbaren Ausmaßes und für die Konfrontation mit einem Staat, dem alle Mittel recht waren (und es heute noch sind), jedwede Ansätze radikaler Systemopposition und Staatskritik zu zerschlagen.
Darauf aufbauend wurde von staatlicher Seite und parteienübergreifend der Bereich der „inneren Sicherheit"und der Bereich der Repressionsmethoden und -arten in den folgenden Jahren kontinuierlich ausgebaut.
Die herrschende Geschichtsschreibung verbucht die Aussetzung von Grundrechten, die totale Überwachung, die Folter und Ermordung von Gefangenen sowie die Kriminalisierung fortschrittlicher Kräfte als eine Art „Ausnahmezustand" einer „wehrhaften Demokratie".
Wir nicht .
Wir sehen den „deutschen Herbst" als Symbol für einen mörderischen Normalzustand konsequenter Herrschafts-und Machtsicherung.
Deshalb halten wir es für wichtig, der herrschenden Geschichtsschreibung diesen Aspekt entgegenzusetzen .Wir wollen anregen, als radikale Linke dieses „Jubiläum" zu nutzen,um die Entwicklung staatlicher Repression seit 1977 nachzuzeichnen und zu diskutieren.
Hierbei geht es uns besonders darum, diese Geschichte auch als Geschichte des vielfältigen Widerstandes gegen die staatliche Unterdrückung zu erfassen, um sie kritisch zu beleuchten, aus ihr zu lernen und um als radikale Linke daran wachsen zu können.

Unsere Gruppe schlägt vor, eine Art „organisatorische Klammer" für solch ein Vorhaben zu bieten, d.h. neben einer eigenen Veranstaltung würden wir die zeitliche Koordination der Veranstaltungen, die Gestaltung und Produktion eines gemeinsamen Plakates sowie die Durchführung einer „Bewegungs-Party" organisieren . - Natürlich zusammen und mit Absprache aller interessierten Gruppen und Menschen !

Wir würden uns deshalb freuen, wenn alle Gruppen, die auch schon mit dem Gedanken spielen, im Herbst eine Veranstaltung zu machen, sich mit uns in Kontakt setzen würden, um sich gemeinsam über die Idee einer Veranstaltungsreihe auszutauschen.
Wir rufen auch alle Einzelpersonen, die eventuell Material (Fotos,Flugis,etc..) speziell zu dieser Thematik haben, dazu auf, sich an unsere Kontaktadresse zu wenden :

CAFÉ UND BUCH
GRUPPE „SCHLEIERHAFT"
MARKTSTR. 114
20357 HAMBURG

Mit hoffnungsvollen und solidarischen Grüßen,
Gruppe „Schleierhaft"

Was nicht geschrieben steht

1997: Im Jahr der Schweine?

1997 droht zur Bestätigung des bösen Witzes zu werden, daß Geschichtsschreibung die Summe der Lügen ist, auf die sich die Leute nach 20 Jahren geeinigt haben. Zu 20- oder 30jährigen Jubiläen gibt es Fernsehfilme, Talk-shows, neue Bücher oder Zeitschriftenbeilagen voller Terror und Guerillageschichtchen: Wichtig wichtig präsentiert von einer kruden Mischung aus Bundesanwälten, SPIEGEL, BKA-Journalisten und ehemaligen, ganz ehemaligen und besonders ehemaligen Stadtguerillamitgliedern. Gegen dieses Schmier- und Quatschkartell auf dem Medienmarkt anstinken zu wollen, ist aussichtslos. Die bürgerlichen Medien wollen Distanzierungen hören. Wer dem nicht nachkommt, wird totgeschwiegen oder verleumdet, so geht es auch den immer noch im Knast sitzenden Gefangenen. Ein Buch wie das von Rossana Rossanda und Mario Moretti zur Geschichte der Brigate Rosse, das den Ansprüchen einer linken Geschichtsschreibung mit politisch reflektierten und nicht distanzierten Berichten genügt, lesen in der BRD vielleicht ein-, zweitausend Leute, aber einen verfälschenden Fernsehfilm zur Schleyer-Entführung (bezahlte Ghostwriter: die KronzeugInnen Peter Jürgen Boock und Silke Meier-Witt) werden Millionen sehen.

Die Situation sähe bei einer aktuell stärkeren (militanten) Linken und womöglich bewaffneter Praxis anders aus, aber in diesen Tagen Ende der 90er Jahre, in denen der bewaffnete Kampf der 70er Jahre nicht mehr existiert und in denen wenige an revolutionären Absichten festhalten oder neu zu ihnen finden, wird eine Kritik dieser 1997-Inszenierung im linken Rahmen bleiben und kein Massenpublikum finden. Frappierend ist allerdings, daß manche Veröffentlichungen ihren Weg bis in die Linke nehmen, insbesondere die Aussteiger-Memoiren, die mit linkem Restanspruch daherkommen. Wieso werden AussteigerInnen auch noch von linken VeranstalterInnen eingeladen, um ihren Senf zum Besten zu geben?

Peng! Peng!
Tratsch bis zum Schuß

Was macht den Reiz von Aussteiger-Memoiren aus? Wieso finden politische Beschreibungen und Debatten viel weniger Interesse als ein personalisiertes Panoptikum des bewaffneten Kampfes? Abstrakt wissen ja alle, daß in Erinnerungen gelogen, unterschlagen und verdreht wird, aber was verführt selbst bewußte Linke dazu, grottenschlechte Bücher gut zu finden und offensichtlichen Zerrbildern Glauben zu schenken?

Memoiren bieten einen Einblick in die intime Sphäre einer einem/r selbst verborgen gebliebenen Welt, oft einer fremden Welt, aber einer interessant erscheinenden (oder durch Sensationsberichte interessant gemachten). Wer wollte nicht wissen, wie »es wirklich war«, wer wann was gesagt oder getan oder womöglich gedacht hat.

Es ist ja auch unterhaltsamer, im Sprechzimmer das Goldene Blatt über Königinnen und Fürsten zu lesen, als eine historisch-kritische Untersuchung des Feudalismus und seiner heutigen Wurmfortsätze. Den Unterschied im Wahrheits- und Lehrgehalt kennen alle, aber das eine ist ohne Nachdenken zu schmökern, das andere mühselige Erkenntnis-Arbeit. Deshalb fesselt ja auch der Szenetratsch: Man/frau wird »informiert«, ohne nachdenken zu müssen... Genau so funktionieren auch die »Insider-Berichte« aus der Stadtguerilla: Schillernde Figuren, Schurken und Lichtgestalten statt politischer Hintergründe und Diskussionsprozesse, Zeilen voller Liebe und Ressentiments statt Fairneß und Differenzierung, Gute und Böse statt wirklicher Menschen. Literarisch oft unter aller Sau, aber für die LeserInnen öffnet sich ein Schlüsselloch mit Blick auf MP-Salven, dunkle Verliese und das Liebesleben in der Illegalität.

Es gibt demgegenüber auch gute Beispiele persönlicher Berichte, z.B. verbinden die Testimonios der ehemaligen Tupamara/os persönliches Erleben in allen Widersprüchen mit politischer Bewußtheit und andauernder Feindschaft gegenüber dem herrschenden System. Bereitschaft zur Selbstkritik sowie Fairneß gegenüber ehemaligen WeggefährtInnen ist ihnen eigen.

Das ist aber nicht das, was der kapitalistische Markt will, der sucht den Kick, Beziehungstratsch, tolle Typen, wahlweise sogar mal starke Frauen, und will die Abrechnung und Einsicht hören, daß es alles nichts gebracht hat, der bewaffnete Kampf ein Fehler war und ja niemand noch mal auf die Idee kommen soll, das anders zu sehen. Für andauernde Systemfeindschaft und unspektakuläre Ehrlichkeit wird nicht gezahlt.

Eitelkeit im Wahrheitsministerium

In der parteikommunistischen Geschichtsschreibung verschwanden je nach politischer Lage Personen und politische Positionen und die Bedeutung anderer nahm zu. In einer Geschichte des Zuchthauses Brandenburg, in mehreren Auflagen in der DDR erschienen, nahm z.B. die Rolle des späteren Dissidenten Robert Havemann kontinuierlich ab, bis er in der letzten Auflage verschwunden war. Zeitgleich wuchs die zunächst bescheidene Rolle Erich Honeckers vom schlichten Sanitätskalfaktor zum Zentrum des Widerstandes. Der Unterschied zu Aussteiger-Memoiren: Da verschwinden Personen und Positionen schon in der ersten Auflage und die AutorInnen sind sofort ganz wichtig. Die Scheiße haben immer die anderen gebaut.

Es ist eine bestimmte menschliche Eigenschaft, die darauf drängt, persönliche Erlebnisse in möglichst hoher Auflage gedruckt sehen zu wollen: Eitelkeit. Die eigene Person steht als HeldIn im Vordergrund und das alte Kollektiv ist nur noch ungefragte Staffage der Selbstdarstellung. Im Unterschied zu einer linken Geschichtsschreibung schreiben MemoirenschreiberInnen allein. Sie wollen ihre Version der Story auch gar nicht diskutieren und korrigiert werden, weil eine kollektive Geschichte ihnen nicht genug Raum zum Fabulieren ließe. Deshalb fehlen auch oft klare Fakten. Nur so können alte Freund- und Gegnerschaften nach heutigem Nutzen, Eigeninteresse und Gutdünken auf- und abgerechnet werden. Berichte aus der (ehemaligen) Illegalität lassen den Rauch-ohne-Feuer-Trick zu: Etwas durchblicken lassen, aber nicht so klar sagen, daß es einfach widerlegbar wäre - es wird schon was hängen bleiben. Durch die Verwendung von Deck-, Klar- und Falschnamen entsteht eine Grauzone, in der Unterstellungen, Auslassungen und Diffamierungen besonders gut möglich sind. Gefragt zu werden und sagen zu können: Den/die meine ich, oder umgekehrt, sich herausreden zu können, wenn man/frau zur Rede gestellt wird, ist praktisch. Für identische Personen lassen sich auch mehrere Namen jeder Couleur verwenden, dann können Verleumdung und Verdienste ganz ungeniert verteilt werden.

Der Gewinn wird allerdings keinesfalls verteilt: Die ehemals kollektiv gemachte antikapitalistische Geschichte wird zu gewinnbringenden Buchveröffentlichungen,





Talk-Show-Auftritten und Lesungen. Die alten GenossInnen werden nicht mal gefragt, ob das Geld nicht irgendwohin gespendet werden sollte. Die Linke ist ohnehin nicht besonders gefragt, denn nur das bürgerliche Publikum sorgt für hohe Auflagen und Einschaltquoten. Ein Vorabdruck im SPIEGEL oder ein Auftritt im TV befriedigt die Eitelkeit besser als ein Bericht im freien Radio oder linke Diskussionsveranstaltungen, bei denen man/frau nicht vom Podium herab schwadronieren kann.

Eine auf dem Markt erfolgreiche Aussteigerstory muß die Distanzierung von der alten Politik sorgfältig dosieren: Nicht ganz so weit, wie es gegenüber Polizei und Justiz nötig war, um weniger Knast zu kriegen, sondern genau so weit, daß die Erinnerungen einerseits noch als Insiderbericht durchgehen, andererseits aber als Bericht eines/r »inzwischen vernünftig Gewordenen« von einem breiten Publikum konsumiert werden können.

Konsumierbarkeit und Eitelkeit vereinigen sich trefflich, denn beide wollen Fehler und Schwächen des/der AutorIn nicht wirklich aufbereitet sehen, sondern so, daß sie als Zwangslage (»tragischeR HeldIn«) und schwere innere Zerrissenheit (»Liebe oder Guerilla«) rüberkommen. Das Publikum darf im Seelenschmalz schwelgen, und weil das in 10.000er Auflage passiert, wird auch der Bauch des/der AutorIn gepinselt.

Eitelkeit findet ihre harte Grenze im Knast. Dort funktionieren Großmäuligkeit und Starallüren nicht und man/frau muß auf sich selbst zurückgeworfen zehn, fünfzehn Jahre überleben. Für Abschwörer ist ihr ganz persönliches Schicksal wichtiger als ihre frühere politische Überzeugung. Im Knast suchen sie nach einem Ausweg - Hauptsache raus! - und wenn Ausbruchversuche unmöglich sind, kommt die taktische Wende, um auf irgendeinem anderen Weg (früher) rauszukommen. Lange im Knast bleiben zu müssen und sich dort altern zu sehen, ist für eitle Menschen eine unerträgliche Katastrophe.

Was nicht geschrieben steht...

Wieso auf Bücher wie Inge Vietts *»Nie war ich furchtloser«* überhaupt eingehen? Manche alten Gruppenmitglieder wollen nichts mehr davon hören, manche ärgern sich mehr oder weniger, und die Toten können sich nicht wehren. Ich habe mir auch lange überlegt, ob es sinnvoll ist. Wäre es nur irgendein Buch, wäre es nicht nötig, aber es steht *1997* für ein Gehabe, mit dem die alte Stadtguerilla endgültig abgewickelt werden soll. Und es steht beispielhaft für schlampige Geschichtsschreibung. Weil solche Bücher mangels besserer kollektiver Geschichtsschreibung oft als Geschichtsbuchersatz gelesen werden, dürfen sie nicht unwidersprochen stehenbleiben.

Ein persönlicher Grund, sich einzumischen, ist die Fassungslosigkeit beim Lesen von Passagen, die einem selbst nur allzu bekannte Ereignisse und Personen betreffen. Inge Viett schreibt über eine Zeit, die ich fast zwei Jahre lang als Illegaler miterlebt habe. Einiges ist nicht wiederzuerkennen, anderes liest sich wie ein versuchter Diebstahl der eigenen Geschichte bis hin zur Diffamierung.

Zur Bewertung des Buches gehört der Hintergrund seiner Entstehung und seiner Autorin. Wer die Presse verfolgt hat oder das Urteil lesen konnte, wußte seit Jahren, daß Inge Viett trotz des gegenteiligen öffentlichen Eindrucks gegenüber dem BKA Aussagen gemacht - immerhin weniger als die anderen DDR-AussteigerInnen - und Kronzeugenrabatt bekommen hat. Wenn sie sich danach zurückgehalten hätte, gäbe es keine besondere Notwendigkeit, ihr Verhalten öffentlich zu machen. Aber nachdem sie so ein Buch publiziert hat, sind Kritik und Reaktionen unvermeidbar.

Im Buch selbst wird die Kronzeugenregelung und die vorzeitige Entlassung mit keinem Wort beschrieben, und bis heute schon gar nicht (selbst)kritisiert. Von den VeranstalterInnen einer Buchlesung gebeten, sich dazu zu äußern, sagte sie die Veranstaltung kurzfristig ab. Grundlage für den Kronzeugenrabatt waren ihre belastenden Aussagen über die Zusammenarbeit von RAF und MfS Anfang der 80er Jahre, speziell eine Ausbildung, die nach ihren Aussagen im Vorfeld der RAF-Aktion gegen den US-General Kroesen stattfand. Die BAW erwirkte aufgrund dieser Aussagen Anfang der 90er Jahre Haftbefehle gegen vier oder fünf ehemalige Stasi-Leute, die auch in U-Haft kamen. (Allerdings nur für einige Wochen oder Monate, da danach ein Bundesverfassungsgerichtsurteil über die Strafbarkeit von Taten auf DDR-Boden abgewartet wurde und Inge Vietts Aussagen später für eine Verurteilung nicht ausreichten. Es gab u.a. auch eine gegenteilige Erklärung von RAF-Gefangenen zu diesem Thema). Im Urteil wird die Anwendung der Kronzeugenregelung sowohl mit diesen Haftbefehlen gegen die Stasi-Leute, als auch mit einer »Verunsicherung der RAF« begründet, die diese evtl. »von weiteren Straftaten abhalten« könne. (Der genaue Wortlaut ist im Urteil des OLG Koblenz vom 26.8.92 nachlesbar).

Wieso Inge Viett gerade die Vertreter des MfS, die ihr in der DDR geholfen haben und für die sie dort gearbeitet hat, später belastet, obwohl sie in ihrem Buch die DDR so hochhält, sollte sie wirklich mal erklären.

Außerdem wurden Anklagen wegen der Lorenz- und Palmers-Entführung oder der Meyer-Befreiung eingestellt, obwohl sie in anderen Prozessen zu Verurteilungen von 15 Jahren Knast geführt haben. Die von Inge Viett Mitte der 70er u.a deshalb in U-Haft abgesessene Zeit wurde aber dennoch angerechnet auf die jetzt verhängten 13 Jahre, was ein großzügiges Entgegenkommen der Bundesanwaltschaft darstellt. 6 Jahre Knast sind jedenfalls im Verhältnis zu den sonst bei (versuchtem) »Polizistenmord« verhängten Strafen und Haftdauern sehr ungewöhnlich. Und wer die Knastverhältnisse etwas kennt, weiß, wie das Verhalten aussehen muß, um in den Genuß von Vergünstigungen wie Hafturlaub, Freigang oder offenem Vollzug zu kommen: Fleißig schwachsinnige Arbeit für 10 DM Tageslohn machen, die Schnauze halten und ein gutes Verhältnis zu Psychologen und Sozialarbeitern pflegen.

Ihr Buch ist während der Haftzeit im Rahmen dieses eben beschriebenen angepassten Verhaltens geschrieben und durch die Zensur an den Verlag geschickt worden. Es ist klar, daß es so geschrieben ist, daß eine endgültige Entlassung nach bereits 6 Jahren nicht gefährdet wurde. Positive Äußerungen zur RAF wären z.B. unmöglich gewesen, da ihre Verteidigungsstrategie auch auf der Behauptung beruhte, daß zum Zeitpunkt des Schusses auf den französischen Bullen bereits eine innere Abkehr von der RAF lief - was von Bedeutung ist, da aktiven RAF-Mitgliedern von Gerichten generell eine *»unbedingte Tötungsabsicht«* unterstellt wurde/wird: mit nachfolgendem »Lebenslänglich« und einer Haftdauer von etwa 16 - 20 Jahren. Egal also, wie Inge Viett die RAF oder den bewaffneten Kampf heute wirklich sieht, sie hätte gar nichts anderes schreiben können als das, was da nun steht. Im Buch erklärt Inge Viett auch mit keiner Zeile, durch welches Verhalten sie ein Lebenslänglich umschifft hat - sie verschweigt den Kronzeugenrabatt genauso wie ihre Hafturlaube und die frühzeitige Entlassung.

Wenn Inge Viett Kritik an der RAF oder bewaffnetem Kampf überhaupt hat, soll sie sie politisch äußern. Das tut sie aber kaum, sie personalisiert statt dessen. Wenn sie im Buch ihre ehemaligen GenossInnen sehr persönlich kritisiert, die erheblich länger im Knast waren oder sind, gerade weil sie im Gegensatz zu ihr keine Aussagen machen, und sich auch nicht der (bürgerlichen) Öffentlichkeit bedienen können (oder wollen), um sich gegen die im Buch wiedergegebene Version der Geschichte zu wehren, wird's fies. Sie schreibt selbst, daß der Knast nicht der beste Ort ist, ein Buch zu schreiben und sich allein erinnern zu müssen. Aber wieso hat sie es dann dennoch getan? Sie hätte warten und später alte GenossInnen befragen können. Es gab keinen guten Grund, im Knast zu schreiben.

Wer im Buch die Schilderungen der ersten Knastzeit Mitte der 70er mit der in den 90er vergleicht, bemerkt, was die Inge Viett von damals von der heute unterscheidet. Damals die Auflehnung gegen das Reglement, heute die Empfindung des Knastes als »Verfügungsmacht« über sie. Immer aber wollte sie *»Hauptsache raus«*. Nur sind die Methoden ganz andere geworden, damals der Nachschlüssel, heute die Zustimmung der Bundesanwaltschaft. Damals sah sie andere politische Gefangene als »Geschwister«, heute schreibt sie nur vom »Selbsterhaltungstrieb«. Das Politische ist hinter dem eigenen Schicksal verschwunden.

Der Vorabdruck des Buches wurde gemeinsam mit den Exklusivrechten an dem ersten Interview nach der Entlassung für ca. 50.000 DM an den SPIEGEL und SPIEGEL-TV verkauft. (Der SPIEGEL hat der jungen Welt und der taz mit sechsstelligen Ordnungsgeldern gedroht, wenn sie diesen Exklusivvertrag nicht respektieren und selbst Interviews abdrucken würden). Dieses Vermarkten an ein Medium wie den SPIEGEL, der als Hausblatt des BKA durchgehen kann, und bezahlte Auftritte quer durch die BRD sind eine Art von Geschichtsschreibung und -darstellung, die klar im Gegensatz zu den Ansprüchen linker Geschichtsschreibung und Diskussion stehen. Verkaufen, verkaufen - das ist der Kapitalismus, der zu Stadtguerillazeiten noch bekämpft wurde und den die von Inge Viett hochgehaltene DDR überwinden wollte.

Hanni und Nanni go underground...

Dieser Abschnitt ist keine komplette Buchrezension. Er soll beispielhaft erklären, wie sehr die vorhin beschriebenen Mechanismen von Aussteiger-Memoiren in dem Buch von Inge Viett vorhanden sind.

Beispiel 1:

Inge Viett schafft es, in ihrem Buch x-mal RAF und Bewegung 2.Juni zu erwähnen, aber wirklich kein einziges Mal die RZ oder Rote Zora. Die verschwinden bei ihr genau-

so wie die legalen »UnterstützerInnen«schon in der ersten Auflage. Bei der Beschreibung von Personen oder Ereignissen, wo diese Auslassungen auffallen würden, wird dann verdreht und gelogen.

Und mit diesen Gruppen, zu denen es damals gute Kontakte gab, verschwinden die Positionen, für die sie standen. Sie waren ein ganz anderer Guerillaansatz als die RAF, sie glichen der alten Bewegung 2.Juni sogar ein wenig. Sie passen Inge Viett, die damals zur RAF ging, nicht in den Kram. Sie sind nur ein lästiges Beispiel dafür, daß es Alternativen gegeben hätte. Vielleicht ist die Nichterwähnung auch ein Echo davon, daß RZ/Rote Zora und legale GenossInnen damals von oben herab schnell mit dem Etikett „nicht ernst zu nehmen", „wollen eh nicht kämpfen" usw. belegt wurden. Jedenfalls hat die Auslassung Methode.

Beispiel 2:
Oberlehrerhafte Beurteilungen von ihr nicht genehmen Personen finden sich im Buch immer an den Stellen, wo Inge Viett ihr damaliges Verhalten legitimieren will, es aber nicht kann, ohne in Widerspruch zu ihrer heutigen Version der Geschichte zu geraten. Dieses psychologisierende Sezieren von oben herab, das Inge Viett später der RAF vorwirft, als sie selbst davon betroffen war, praktiziert sie gegenüber alten GenossInnen im Buch ungeniert selbst. Flache Eifersüchteleien, Zensuren und Konkurrenz wie bei Hanni und Nanni.

Z.B. *Nada:* Bei der Schilderung der Palmers-Entführung im November 1977 in Wien, bei der die Bewegung 2.Juni fast 5 Millionen DM abgriff, wird die alte Genossin *Nada* erwähnt. (Sie war eine der durch die Lorenz-Entführung befreiten Gefangenen, die vor zwei Jahren an Krebs starb.) Die Palmers-Entführung hatte einige politische Mängel. So waren junge österreichische Antiimps angesprochen worden, die später in die Aktion einbezogen wurden und, damit überfordert, später Aussagen machten und dennoch jahrelang im Kerker verschwanden. Eine bittere Episode. Als es um die Fehlerzuweisung geht, wer die Österreicher in die Aktion geholt hat, heißt es: *»da hat sich Nada in einen Wiener Genossen verliebt, und wir haben ihn viel zu schnell in die Aktion eingebunden«.* Tatsächlich waren die Österreicher von Inge Viett angesprochen worden, weil sie in Diskussionen die damals neue »antiimperialistische« Linie, die auch Inge Viett vertrat, teilten. Der damals in Berlin agierende Teil der Gruppe lernte die Österreicher erst kennen, als sie schon voll dabei waren. Inge Viett schiebt eine verliebte *Nada* vor, um ihre Verantwortung für diesen Fehler loszuwerden.

Z.B. *Biene:* Ein krasses Beispiel für Ressentiments und spätes Nachtreten ist die Beschreibung von *Biene*, die unschwer als die 1980 tödlich verunglückte Juliane Plambeck zu erkennen ist. Über sie schreibt Inge Viett: *»Biene blieb in politischen und praktischen Fragen bei ihrer konstanten Unentschiedenheit. Sie konnte sich nur unter Druck entscheiden, selbst in kleinen belanglosen Dingen. (...) Sie hatte ihre Schränke voller Klamotten, weil sie im Geschäft ihr Problem einfach löste, indem sie alles in verschiedenen Variationen kaufte. (...) Sie hatte all die Jahre die tiefste Anti-RAF-Haltung. (...) Im Moment ihrer stärksten Verunsicherung aber hat sie sich umstandslos in die stark und sicher auftretende RAF begeben. (...) Sie hatte sich in Christian verliebt«.* Mit anderen Worten: Eine unpolitische opportunistische Tante. Ein paar Seiten später wird nachgelegt: Über die Vermutung der RAF, zwischen Inge Viett und Juliane Plambeck bestünde eine *»Konkurrenzbeziehung, in der Biene als zweite Führungskraft von mir [Inge Viett] unterdrückt würde«*, schreibt Inge Viett: *»Biene war immer viel zu unentschieden und phlegmatisch gegenüber der Verantwortung, der Gruppe Orientierung zu geben. (...) Ich begann sie leise zu verachten.«* Leise, laut gesagt hat es Inge Viett zu Lebzeiten Bienes vermutlich nicht, aber 20 Jahre später dürfen alle LeserInnen endlich die »Wahrheit« über Juliane Plambeck erfahren: daß sie viel zu schlapp war, um einer Inge Viett Konkurrenz machen zu können. Das ist schon widerlich.

Kowalski: Als der Name das erste Mal im Buch auftauchte, glaubte ich nicht, damit gemeint zu sein. Schließlich haben Inge Viett und ich uns nicht Ende 1977 in Wien kennengelernt, wie sie schreibt, sondern im Juli '76 nach dem Ausbruch aus dem Lehrter Frauenknast. Wir haben wochenlang auf engstem Raum zusammengewohnt, und in der Zeit fiel auch die gemeinsame Entscheidung, daß ich aus der Rolle des legalen Unterstützers in die Illegalität wechseln sollte. Wir hatten bis Anfang 1978 oft miteinander zu tun, die Prozeßakten schreiben uns außer der Palmers-Entführung gemeinsame Banküberfälle zu.

Ich war '75/'76 in einer Zeit als Unterstützer dazugekommen, als der 2.Juni schwer angeschlagen war, aber immer noch für eine sozialrevolutionäre Praxis stand und die neue »antiimperialistische« Linie, die später zur RAF führte, noch nicht existierte.



Ich hatte auch ein sehr freundschaftliches Verhältnis zur RZ. Etwa zeitgleich mit dem Ausbruch aus der Lehrter gab es eine Durchsuchung bei mir wegen Verbreitung des *Revolutionären Zorns*, der Zeitung der RZ. Und als ich mich später als Bewegung 2.Juni-Vertreter unter ziemlich konspirativen Umständen mit einem RZ'ler traf, stellten wir belustigt fest, daß wir uns schon aus legalen Zusammenhängen kannten und noch tags zuvor eh gesehen hatten. Zeitweise gab es mit RZ'lern eine enge Kooperation. So wurde im Herbst 1976, als die aus der Lehrter ausgebrochenen Frauen in den Nahen Osten entwischt waren, sogar eine gemeinsame Aktion vorbereitet: die Befreiung von Till Meyer aus dem Knast in Berlin-Tegel. Vier Leute, von denen drei heute tot sind, warteten ebenso angespannt wie schwer bepackt an der Außenmauer, ein Störsender legte den Bullenfunk lahm, aber ein Knacki hörte die Säge. Damit war's versaut. Es steckte viel gemeinsame Arbeit und einiges Risiko in dieser Aktion, die ein Nachschlag zum Ausbruch aus der Lehrter werden sollte. Um Till als Person ging es dabei wenig, aber es gab in Tegel die Chance, jemanden zu befreien und in Moabit, wo die anderen saßen, nicht. Irgend jemand - es gibt nicht viele Möglichkeiten, wer - hat die Details und Teilnehmer dieser Aktion später der Stasi zugetragen. Den Bericht darüber fand ich Jahre später in einer Akte und einem Buch, das auf solchen Akten basiert.

Inge Viett unterschlägt wie gesagt die RZ und Rote Zora in ihrem Buch völlig, obwohl gerade 1976/77 Diskussionen darüber liefen, ob wir mehr mit ihnen - oder aber der RAF - zusammengehen sollten. Inge Viett war da eindeutig: Nicht mit den RZ, die nahm sie nicht ernst, und ihre Texte gefielen ihr auch nicht.

Widersprüche zwischen den bei den Illegalen noch vorhandenen unterschiedlichen »Linien« - die Gruppe war klein, oft waren zwei, drei Leute eine ganze »Linie« - brachen regelmäßig bei Fragen der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen (RAF, RZ, PFLP) und einzelnen Aktionen au 2.Juni, gute Aktionen machen zu können, war begleitet von seiner Schwäche, kein eigenständiges politisches Konzept zu haben. RAF, RZ und Rote Zora deckten eigentlich alle möglichen Stadtguerillakonzeptionen ab. Der 2. Juni mußte nach einem eigenen politischen Ort suchen und geriet dabei ins Schlingern. Heute ist deutlich, daß die Bewegung 2.Juni schon 1976 keine Kraft mehr hatte, eine eigene Position und Konzeption zu entwickeln. Die Einheit wurde immer stärker durch die Arbeit an Aktionen notdürftig hergestellt, die alle - oder die meisten - nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners richtig fanden. Sicher gab es neben der politischen Gemengelage Liebesbeziehungen und persönliche Animositäten, aber sie standen hinter politischen Entscheidungen immer zurück. Sie für Erklärungsversuche zu funktionalisieren und ohne Einverständnis der Betroffenen der breiten Öffentlichkeit darzulegen, soll Inge Viett vorbehalten bleiben.

Die unterschiedlichen alltäglichen Erfahrungen und Diskussionen verursachten trotz der gemeinsamen Arbeit an irgendwelchen Aktionen ständige Reibungspunkte. Wer in Berlin die Kontakte zu legalen GenossInnen unterhielt, sah z.B. gerade Flugzeugentführungen anders als jemand wie Inge Viett, die oft im Nahen Osten bei der PFLP oder ohne Kontakt zur legalen Linken im Ausland lebte und dort - wie sie auch schreibt - ein ganz anderes Leben führte. In diesem Zusammenhang stand eine damals sehr wichtige Auseinandersetzung, über die Inge Viett nichts schreibt, an die sich andere sehr gut erinnern: die Planung für eine gemeinsame Flugzeugentführung mit einer palästinensischen Gruppe, die das Entebbe der Bewegung 2.Juni hätte werden können. Die Aktion kam glücklicherweise nie zustande. Aber der Entschluß, sie zu machen, war im kleinen Kreis u.a. von Inge Viett gegen den Willen von dem, den sie nun Kowalski nennt, durchgesetzt worden. (Im Manuskript ihres Buches muß etwas über diese Aktion gestrichen worden sein, darauf verweist eine Anmerkung, die am Ende des Buches irrtümlich und ohne Bezug zum Text stehengeblieben ist). Eigentlich war das der Zeitpunkt, an dem man/frau sich hätte trennen müssen, und es war im Nachhinein ein Fehler, es nicht schon zu dem Zeitpunkt getan zu haben.

Im Herbst '77 führte die Landshut-Entführung zu neuen Differenzen über die Berechtigung von Flugzeugentführungen, die jedoch nie richtig ausgetragen wurden. Es war zu spüren, daß so eine Debatte unüberbrückbare Widersprüche aufgedeckt hätte, und die Konsequenzen für die Gruppe scheuten eigentlich alle zu diesem Zeitpunkt. Die Illegalen trafen sich auch vollzählig höchstens alle paar Monate, vieles lief in kleinen Zusammenhängen oder getrennt an weit voneinander entfernten Orten. Nach Stammheim kam auch bei einigen die Frage auf, ob die RAF nun nicht zu angeschlagen sei, um mit ihr noch näher zusammenzugehen. Manche waren nicht dieser Ansicht. Hinzu kam Ende 1977, daß in Berlin einige

Was nicht geschrieben steht...

legale GenossInnen heftige Kritik an Flugzeugentführungen äußerten und z.T. ihren Abschied von der antiimperialistischen Linie des 2.Juni anmeldeten. Sie hatten Recht und die schmale noch vorhandene Logistik drohte ganz zusammenklappen, wenn nicht ein Strategiewechsel erfolgte.

Anstelle einer Debatte und einer Strategie sollte - nachdem Geldprobleme mit der Palmers-Entführung ja erledigt waren - wieder mal eine Aktion die politischen Risse überbrücken. Einige Zeit zuvor sollten schon mal alle sechs in Moabit sitzenden 2.Juni-Männer bei der Freistunde befreit werden. Praktisch alle Illegalen hätten vor Ort sein müssen, und es wäre auf eine Schießerei mit Schließern auf einem Wachturm und anrückenden Bullen hinausgelaufen. Das Risiko stand in keinem Verhältnis zur Erfolgsaussicht, und die Aktion wurde damals abgeblasen. Die später gelaufene Meyer-Befreiung war eigentlich die kleine Variante dieser Aktion, denn die Recherche hatte als einen weiteren Schwachpunkt die alten Anwaltssprechzellen ergeben.

Es gab in der Gruppe über die Machbarkeit dieser Aktion Differenzen, ebenso über die Tragfähigkeit der verbliebenen Logistik in der Zeit einer folgenden Großfahndung, und es gab Differenzen darüber, ob nicht anstelle einer erneuten Gefangenenbefreiungsaktion etwas gemacht werden sollte, was nicht das Bild der Befreit-die-Guerilla-Guerilla neu anheizte. Daß sich dann ausgerechnet ein »Kommando Nabil Harb«, benannt nach einem in Mogadishu erschossenen Palästinenser, zur Meyer-Befreiung bekannte und sich damit positiv auf eine Flugzeugentführung bezog, schreibt Inge Viett nicht.

Ob die noch existierenden Zusammenhänge in Berlin für diese Aktion riskiert werden sollten, sahen die sonst im Ausland agierenden Gruppenmitglieder logo anders als die, die weiter mit legalen Linken in Berlin und den RZ etwas machen wollten. Der, den Inge Viett Kowalski nennt, war nach der Verhaftung von anderen Gruppenmitgliedern, die Inge Viett im Buch nicht mal erwähnt, der Illegale, der zusammen mit ein paar legalen GenossInnen, die Inge Viett auch nicht erwähnt, für diese »Berliner« Linie eintrat. Allerdings viel zu halbherzig, viel zu spät und nicht konsequent genug. Die Trennung war wie gesagt schon lange überfällig und kam nun plötzlich und heftig im Streit über die Chancen und den Sinn der geplanten Meyer-Befreiung. So, wie Inge Viett es darstellt, als »Beziehungskiste« mit nachfolgender (!) politischer Differenz und Trennung, ist es schlicht gelogen. Der Vorwurf der Feigheit, vulgärpsychologisch gefällig zum Nachempfinden für interessierte LeserInnen aufbereitet, ist tatsächlich nur die Abwehr von KritikerInnen mit der alten Masche, daß sie »nicht kämpfen wollten«.

Mit vielen Jahren aufrecht überstandenem Knast im Rücken Angst zuzugeben, wäre nicht schwer, aber es war damals einfach nicht so, daß jemand aus Angst gekniffen hätte. Wir waren damals alle ziemlich furchtlos, denn wir hatten alle gelernt, daß sich Angst gut kontrollieren ließ, je mehr Aktionen und brenzlige Situationen man/frau gut überstanden hatte, und das war nach ein, zwei Jahren Illegalität einfach der Fall. Außerdem verschwanden verbliebene Angstgefühle damals hinter der blöden Illusion, mehr oder weniger sinnvoll für die Revolution sterben zu können - die Vorstellung von langen Knastjahren oder schweren Verletzungen haben wir alle verdrängt.

Der, den sie Kowalski nennt, verließ die Bewegung 2.Juni, das ist wohl wahr. Aber er ging nicht allein, sondern gemeinsam mit einigen der wenigen noch verbliebenen legalen GenossInnen, die allesamt keine Aussteigerlnnen waren, sondern eine andere Politik machen wollten. (VS und Bullen haben mir und unbekannten anderen später ein paar Aktionen unterstellt, die im Frühjahr 1978 liefen, u.a. die Knieschüsse auf einen Zwangsverteidiger im Lorenz-Prozess, für die eine RZ später die Verantwortung übernahm. Und fünf Jahre später machten RZ und Rote Zora zur Unterstützung eines Hungerstreiks im Bielefelder Hochsicherheitstrakt mehrere Aktionen, wo sie mich als »Freund und Genossen« bezeichneten.)

Ich bin eine Woche nach der Meyer-Befreiung eingefahren, als ich in ein Auto einsteigen wollte, welches das »Kommando Nabil Harb« mir hinterlassen hatte. Es war auf der Fahndung, das SEK wartete schon. Eine doppelte Panne: Das Kommando hatte mir nicht gesagt, daß das Auto heiß war, und ich hätte es selbst überprüfen müssen. Für den ersten Teil der Panne bekam ich nie eine Erklärung, sie steht auch nicht in Inge Vietts Buch. Wegen dieses Autos bekam ich später für die Meyer-Befreiung 13 Jahre Knast. Ich habe dazu nie etwas gesagt, weil ich keine Lust hatte auf eine Ich-bin-unschuldig-Verteidigung. Ohnehin hätten auch allein die Palmers-Entführung und ein paar Banküberfälle für die insgesamt 15 Jahre Knast gereicht.

Der, den sie Kowalski nennt, wird im Buch zunächst verdächtigt, er hätte eine Million vom Palmers-Geld geklaut, bevor sich auf der nächsten Seite aufklärt, daß die Gruppe lediglich nicht richtig gesucht hatte und es beim zweiten Buddeln doch noch fand. Diese Geschichte kenne ich nur zu gut. Die kursierte nämlich 1978 über mich. Diese Denunziation wanderte auch per Kassiber in den Knast und frau warnte sogar nebulös die RAF vor mir. Es ist diese Rauch-ohne-Feuer-Denunziation, die einen im Knast verrückt machen kann vor Wut, denn niemand konfrontiert einen direkt damit, sie kursiert nur ohne konkrete Fakten. Sie läßt sich nicht wieder einfangen, sie streunt wie ein räudiger Köter und pinkelt einem noch Jahre später ans Bein. Ich weiß bis heute nicht, wem damals alles »konspirativ« mitgeteilt wurde, ich hätte GenossInnen beklaut, und wer es womöglich immer noch nicht besser weiß. Als das Geld doch gefunden wurde, hat es meines Wissens niemand für nötig gehalten, diesen Köter wieder einzufangen. Inge Viett tut es nun nach fast 20 Jahren. Soll ich mich dafür heute noch bedanken?

Wer will, möge sich vorstellen, wie es ist, wenn man nach über 15 Jahren Knast, die man bis auf den letzten Tag ohne Aufschluß, Einkauf oder gar Hafturlaub abgesessen hat, weil man alle Angebote von Bullen und Justiz verweigert hat, nun von jemandem wie Inge Viett in einem Buch dämlich dargestellt wird, die währenddessen acht gute Jahre in der DDR-Freiheit hatte und durch ihre Kronzeugenrolle mit ein paar Jahren Knast gut wegkam. Wer einen 1978 als »Deserteur« beschimpfte, nur weil man eine andere Politik machen wollte, und selbst vier Jahre später ganz und gar ausgestiegen ist, sollte sich besser um die eigene persönliche und politische Integrität kümmern, als um die anderer.

Till und die Detektive

Krimis wie Meyers »Staatsfeind«, in denen sich Sätze wie *»die Hochzeitsnacht fand auf dem Knastklo statt«* oder *»plötzlich ratterte die MP los«*, finden, sollte man eigentlich gar nicht bewerten. Eins ist jedoch typisch für Aussteiger-Memoiren: Beim Abschwören sagt frau (wie Inge Viett) entweder gar nichts, oder man (wie Till Meyer) mogelt: Bei der Verlegung raus aus dem Moabiter Sicherheitstrakt verdreht er Ereignisse und Jahreszahlen. Er schreibt, ich sei *»auf eigenen Wunsch nach Westdeutschland«* verlegt worden und er hätte *»mir keine Träne nachgeweint«* (wie schnittig das klingt!), und er und Ralf und Ronni seien zu dritt im Trakt geblieben. Außerdem hätten wir ihn als *»Schwein! Verräter!«* beschimpft. Alles Quatsch. Tatsächlich kamen Vertreter des Berliner Justizsenators Mitte 1982 in den Trakt und sagten Till, Ralf, Ronni und mir, wir würden demnächst nach Westdeutschland verlegt, wenn wir nicht bereit seien, Gespräche über *»eine weitere Vollzugsgestaltung«* zu führen. Ich bin gar nicht erst hingegangen, Ralf und Ronni weigerten sich, sich dort politisch zu äußern. Till hingegen distanzierte sich hinter unserem Rücken in diesen Gesprächen vom bewaffneten Kampf und dem Rest der Traktkleingruppe, weil er auf keinen Fall nach Westdeutschland wollte. Seine Stalin-Bilder in der Zelle und das ewige DDR-Fernsehen-Geglotze waren uns allen zwar auf den Geist gegangen, und seine Verteidigung der DDR-AKWs als sicher, weil im Dienste des Volkes, fand ich eher tragikomisch, aber als Verräter hatte ihn bis dahin niemand gesehen. Als ich ihm nach seinen »Gesprächen« mit der Justizverwaltung auf den Kopf zusagte, daß er sich längst distanziert hätte und er uns nicht länger belügen solle, verschwand er nach einem Wutanfall auf seiner Zelle und ließ sich nicht mehr sehen. Ein paar Tage später stand seine von der Justiz verlangte öffentliche Distanzierung in der taz und dem Tagesspiegel (4.8.1982), zur Belohnung durfte er am 27.8.82 in den Normalvollzug und wurde später vorzeitig entlassen. Wir saßen noch ein Jahr länger bis 1983 zu dritt im Trakt. Ralf und Ronni erreichten nach einigem Hin und Her durch einen Hungerstreik und neue Gespräche, daß sie tagsüber außerhalb des Traktes im normalen Moabiter Knast arbeiten gehen konnten. Ich wollte das nicht, und weil diese Lösung implizierte, daß ich tagsüber alleine im Trakt saß und Einzelfreistunde hatte, legte ich gegen eine längst vom Justizsenat beschlossene Verlegung keine Rechtsmittel mehr ein und wurde Ende Juni 1983 nach Westdeutschland verlegt (taz v. 29.6.83), wo ich im neuen Bielefelder HS-Trakt landete, in dem es prompt gut Ärger gab. (Ralf und Ronni kamen im August 1983 endgültig aus dem Moabiter Trakt).

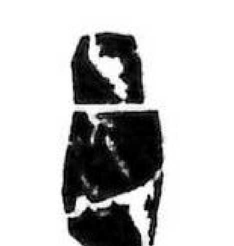
Daß Till Meyer im Buch schlecht und wenig von mir erzählt, erklärt sich aus der Situation: 1976 das für ihn eingegangene Risiko bei der gescheiterten Tegeler Aktion, 1978 die Ablehnung der Aktion zu seiner Befreiung, und als wir uns 1980 im neuen Trakt trafen, redete er mit mir als einem Vertreter der »anderen« Fraktion kaum ein Wort. Später kam er auf 2/3 vorzeitig raus, während ich noch im Knast blieb - ironischerweise als Meyer-Befreier verurteilt. Solche Konstellationen verbinden wahrlich wenig.


2002:
Vorwärts zum Nicht-Vergessen!

Aussteiger-Memoiren finden nur deshalb in der Linken einen Raum, weil es keine bessere Geschichtsschreibung gibt. Es ist der Fehler von allen, die sich nicht distanziert haben, daß sie nicht eine umfassende Geschichte vorlegen. Auch die beiden alten »Der Blues« Bände oder das kleine gleichnamige Buch von Ralf Reinders und Ronni Fritzsch reichen nicht, sind zu alt, zu unkommentiert oder zu schmal. Sicher, es gibt wichtigeres zu tun, und niemand, der heute noch eine linke Praxis verfolgt, will zum Aktenstaubschlucker werden. Aber es ist vermutlich besser, ein Jahr dafür zu opfern, als auf ewig unwidersprochen diesen Müll ertragen zu müssen.

Bis zum 35. Jahrestag des 2.Juni 67 oder dem 25. des »deutschen Herbstes« sollte es doch klappen, oder?

Klaus Viehmann, Anfang Juni 1997




auch ich lag im bett und habe geschlafen. es war mitten in der nacht. ich spürte wie sich sachte traumwelt und realität zu vermischen begannen und schließlich war ich vollständig erwacht. die realität war zwar hart, doch genau das gefiel mir. hart und warm, sich den weg zwischen meine beine suchend. ein leiser ton der lust entrang sich meiner kehle...
DAS IST LIEBE !!! DAS IST LEIDENSCHAFT !!!
DAS IST NICHT DIE REALITÄT
doch davon scheinst du ja keine ahnung zu haben. aus angst vor deiner eigenen lust und aus purem männerhaß, verkriechst du dich in einer kreierten opferrolle. das mag zwar praktisch für dich sein, aber im grunde ist das einfach nur feige.
sicher wollte dein freund befiedigung, aber sicher wollte er auch dich beglücken.
war sein glied an deiem bein nicht eine sehr erotische anfrage, ob du einverstanden bist mit ihm lust oder liebe zu teilen?
deine einstellung zum männlichen geschlechtsorgan ist nicht natürlich. sie ist entstanden, weil du zu oft in deinem leben. deine gefühle und deine bedürfnisse übergangen hast oder übergangen wurdest und meintest nichts dagegen tuen zu können.
in der geschilderten nacht ist deine ganze wut hervorgebrochen, doch war sie für diese situation unpassend. du solltest dich therapieren lassen und wenn du irgendwanneinmal ein trauma erlitten hat, so tut mir das zwar leid, doch würdest du besser daran tuen daran zu arbeiten, anstatt zu meinen, deshalb eine sonderrolle einnehmen zu können.
das du seine anfrage mit ihm zu schlafen verneintest ist völlig o.k. und da er es dann auch gelassen hat, war es keine vergewaltigung.
naja und daß du die realität in völlig falschem licht siehst spiegelt sich allein in der aussage wieder, daß du bezweifelst er hätte dies auch bei einem mann versucht.
ich rate dir nur eins, setzte alles daran einen weg aus deiner traumwelt zu finden und lerne dich selbst zu lieben, dann kannst du es auch annehmen, wenn andere dich lieben.
killing wolf on the rusty bridge
(ich bin weiblich zusätzlich auch noch 16, was vielleicht im zusammenhang mit der diskussion für andere eine rolle spielt)

In der Nacht vom 16.08. zum 17.08.1997 haben wir auf der Zufahrtsstraße zum Knast in Weiterstadt eine Wegsperre aufgebaut.

Nachdem unsere Genoss/Innen aus der RAF am 27.03.1993 den Knastrohbau sprengten, dauerten die Wiederaufbauarbeiten bis zum Frühjahr 1997. Dann wurde der fertiggestellte Knast mit viel politischer Prominenz und dem dazugehörigen Medienspektakel der Öffentlichkeit vorgestellt und "zur Belegung freigegeben".
Nach hygienischen Komplikationen wurden jetzt im August die ersten 102 Menschen klammheimlich dort hingekarrt und weggesperrt.
Der Wiederaufbau hat ~ 90 Millionen DM verschlungen. Das zeigt, daß dieser Staat für "Sicherheitsbelange" immense Geldmengen aufbringt, um die sich verschärfende gesellschaftliche Situation mit Repressionsinstrumenten unter Kontrolle zu halten.
Wir sind entschlossen, mit den uns zur Zeit zur Verfügung stehenden Mitteln und mit Phantasie den Sicherheitsapparat anzugreifen.

FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN AUS DER RAF – SOFORT UNI BEDINGUNGSLOS –

ALLE MÜSSEN RAUS !!

★ ★

ALLTAG IN DER DEMOKRATIE

Ein freundliches "Pärchen" des Verfassungsschutzes NRW sprach eine Kölnerin auf dem Parkplatz vor ihrer Arbeitsstelle an: Sie sei doch in der Kurdistan-Solidarität aktiv, ob sie nicht ein wenig darüber berichten wolle...
Dieses Vorgehen , in seiner alltäglich vorkommenden Dreistigkeit, war jedoch ein weiterer fruchtloser Versuch.
Hinter der demokratischen Fassade bleibt die Tatsache: Allein die öffentliche Forderung, allen hier lebenden Menschen ihre Grundrechte zuzugestehen und eine unverantwortliche, von Machtinteressen gelenkte, Außenpolitik der BRD einzustellen, ruft den staatlichen Einschüchterungs-und Aushorchungsdienst auf den Plan. Dies erinnert doch fatal an die Arbeitsweise einer, in jüngster deutscher Geschichte, von der Bevölkerung gestürmten Organisation zur staatlichen Sicherheit.

Ich habe gehört ihr sammelt die ziviautos, die im zusammenhang mit den castortransporten in erscheinung traten. Am 4.8. wurde ein castortransport quer durch hamburg ca. drei stunden lang blockiert, durch leute die sich an seilen gespannt „querhängten", vielleicht habt ihr davon ja gehört...
Auf alle fälle traten dabei folgende zivi-kfz's auf:

- HH-ZU 502 OPEL VECTRA Silberbeige-Metallise
- HH-MZ 900 BMW Dunkelblau
- HH-UY 1680 OPEL? Rot

NIX mehr !

Kampagne gegen Atomtransporte

Atomtransporte sind für die Atomindustrie unverzichtbar. Unser Widerstand gegen diese Transporte richtet sich gegen das gesamte Atomprogramm. Die vielfältigen Aktionen gegen die CASTOR-Transporte nach Gorleben haben die Verwundbarkeit der Atomwirtschaft mehr als deutlich gemacht. Tatsächlich sind es vor allem die Atommülltransporte in die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAAs) in La Hague (Frankreich) und Sellafield (England), die den Weiterbetrieb der AKWs auch in der BRD sicherstellen.
Hier wollen wir ansetzen!

Die bundesweite Kampagne gegen Atomtransporte verfolgt das erklärte Ziel, den politischen und ökonomischen Preis der Transporte zu den WAAs massiv in die Höhe zu treiben, um letztlich diese Transporte und damit den Betrieb aller Atomanlagen unmöglich zu machen.

Wir setzen dem Atomstaat BRD unseren entschlossenen Widerstand entgegen, um einen Beitrag zur Veränderung der herrschenden Verhältnisse zu leisten. Die energie- und gesellschaftspolitisch notwendigen Schritte zur Erhaltung der Lebensbedingungen und zum Aufbau einer herrschaftsfreien, menschlichen Gesellschaft sind nur gegen die Konzerne und die dahinterstehenden politischen Interessen durchsetzbar. Dem auf Machterhaltung ausgerichteten, rücksichtslosen Handeln der internationalen Atomwirtschaft setzen wir unsere Solidarität mit den Widerstandsbewegungen in Frankreich, Großbritannien und anderswo, entgegen.

Die einzige Lösung : Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen ! Querstellen statt Mitrollen !

Die Transporte in die Zwischenlager Gorleben und Ahaus machen nur einen Bruchteil des gesamten Transportaufkommens aus und stehen am Ende einer Transportkette. Diese beginnt beim Transport von Uranerz und führt über Uranhexafluorid, unbestrahlte und abgebrannte Brennelemente (BE) bis hin zu den hochradioaktiven Abfällen aus den WAAs.



Über die immensen Gefahren dieser Transporte wird die Bevölkerung gar nicht oder nur unzureichend informiert: Kaum eine Stadt, die nicht von der hochradioaktiven Fracht durchquert und damit einem Risiko ausgesetzt wird, denn die Transporte, die meist in normalen Güterzügen rollen, sind keineswegs so sicher wie von der Atomwirtschaft behauptet: Es war pures Glück, daß der Transport, der im Februar dieses Jahres im französischen Grenzort Apach entgleiste, zum Zeitpunkt des Unfalls mit nur geringer Geschwindigkeit fuhr. Und sollte ein Atomtransport in einen ähnlichen Unfall wie beispielsweise im Februar dieses Jahres auf Gleisen in Frankfurt-Süd verwickelt werden, bei dem ein 2000 Grad heißes Feuer entstand, das erst nach drei Stunden unter Kontrolle war, würden riesige Mengen Radioaktivität freigesetzt. Denn die jetzigen Castorbehälter wurden nur auf ein halbstündiges Feuer mit 800 Grad und eine Fallhöhe von neun Metern (das entspricht einer Aufprallgeschwindigkeit von ca. 50 km/h) getestet. Der neue, noch größere Castorbehälter V/19, der dieses Jahr schon beim Transport von Neckarwestheim nach Gorleben benutzt wurde, ist bisher nur durch Computersimulationen getestet worden.





Die Wiederaufarbeitungslüge

"Wiederaufarbeitung" klingt nach Recycling und geschlossenem Brennstoffkreislauf, hat damit aber eigentlich nichts zu tun. In der WAA wird von den abgebrannten und daher hochradioaktiven Brennelementen in komplizierten chemischen Trennverfahren Uran und das im Reaktor entstandene Plutonium von den Spaltprodukten abgetrennt.
Eigentlicher Hauptzweck einer WAA ist es, Plutonium zu gewinnen, das vor allem für den Bau von Nuklearsprengköpfen verwendet wird. So ist das deutsche Wort "Wiederaufarbeitungsanlage" eine sprachliche Verharmlosung: in Frankreich zum Beispiel heißt es viel treffender "Plutoniumfabrik".
Das aus den deutschen Brennstäben gewonnene Plutonium bleibt zum Teil in England und Frankreich, wo es schon in Nuklearsprengköpfe eingebaut wurde. Ein Teil wird zu den besonders problematischen Mischoxid-Brennelementen verarbeitet, der große Rest muß strengstens gesichert und bewacht werden und eröffnet Deutschland technisch die Option, Atomwaffen zu bauen.
Die Wiederaufarbeitung vervielfacht die Menge des schwach- und mittelradioaktiven Mülls um etwa das zwanzigfache, da alles, was mit dem hochradioaktiven Material in Kontakt kommt, selbst radioaktiv wird. Vor allem die anfallenden radioaktiven Flüssigkeiten und Gase werden zum größten Teil einfach über den Schornstein abgelassen oder ins Meer gepumpt, was zur radioaktiven Verseuchung der Umwelt führt. So ist die WAA Sellafield verantwortlich dafür, daß das Leukämierisiko für Kinder in der Umgebung der Anlage bis zum zehnfachen über dem Landesdurchschnitt liegt, und Greenpeace hat jüngst bei Messungen am Abwasserrohr der WAA La Hague trotz der dort herrschenden starken Meeresströmung eine 18millionenfach überhöhte Radioaktivität des Meerwassers gemessen. Die nach Deutschland gebrachten Sedimentproben müssen nun hier als radioaktiver Müll gelagert werden.

Radioaktivität macht nicht vor Ländergrenzen halt



Am 17.8. haben AktivistInnen den Gleisanschluß des AKW Krümmel zugemauert und damit die erste Aktion der NIX mehr - Kampagne erfolgreich abgeschlossen. In Krümmel wird zur Zeit ein Castor beladen, der am 25.8. zur Wiederaufarbeitung ins Ausland transportiert werden soll.
Die bundesweite Kampagne gegen Atomtransporte verfolgt das erklärte Ziel, den politischen und ökonomischen Preis dieser Transporte zu den WAAs massiv in die Höhe zu treiben, um die Transporte und damit den Betrieb der Atomanlagen unmöglich zu machen.
Auftakt im süddeutschen Raum wird die Großdemonstration um das AKW Grafenrheinfeld bei Schweinfurt am 13.9. sein. Aus Grafenrheinfeld sind für August und September noch sechs Transporte abgebrannter Brennelemente nach La Hague geplant. Aber es wird der Atomwirtschaft nicht gelingen, sie unbemerkt ins Ausland zu verschieben.

Foto: CASTOR-Verladung in Gochsheim bei Grafenrheinfeld

Die Atomgesetznovelle

Mit dem jetzt vorgesehenen neuen Atomgesetz soll die im Wiedervereinigungsvertrag vorgesehene Schließung des Endlagers Morsleben zum 30. Juni 2000 um fünf Jahre verlängert werden, welches noch immer nach der alten DDR-Genehmigung betrieben wird.
Des weiteren wird im Entwurf die Enteignung von privatem Grund erleichtert bzw. auch schon bei Erkundungsmaßnahmen für ein Endlager ermöglicht. Dieser Passus bezieht sich im besonderen auf den Grafen von Bernstorff, der sich bisher geweigert hat, seinen bei Gorleben gelegenen Grundbesitz und damit den darunter gelegenen Teil des für das Endlager vorgesehenen Salzstocks zu verkaufen oder dessen Erkundung zuzulassen.
Zudem wird in der Novelle ermöglicht, den Anteil von hochradioaktivem in schwach- und mittelaktivem Müll von drei Gramm je 100 kg Abfall auf 15 g zu erhöhen. Das hätte zur Folge, daß z.B. das besonders gefährliche Plutonium in größerer Menge dem Müll untergemischt werden dürfte.
Außerdem müssen künftig Nachrüstungsmaßnahmen nicht mehr dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen, wie es bisher im Gesetz steht. Dazu bemerkt die Bundesregierung in der Gesetzesbegründung lapidar: "Die Neuregelung ... beseitigt bestehende Rechtsunsicherheiten bei Betreibern und Behörden. Damit dient die Regelung der Verbesserung des Sicherheitsniveaus von Altanlagen".
Nicht zuletzt soll, besonders im Bezug auf den EPR, ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren (Typengenehmigung) eingeführt werden, d.h. das atomtechnische Konzept einer Atomanlage wird an sich genehmigt, bevor der Ort festzustehen hat. So verkürzt sich etwa bei einer Standortänderung das vorgesehene zweite, den Standort betreffende Genehmigungsverfahren enorm, da von der betroffenen Bevölkerung keine Einwendungen mehr z.B. hinsichtlich der Sicherheitsanforderungen, sondern nur noch zu standortspezifischen Fragen (Baugrund, Wasserrecht u.ä.) erhoben werden könnten.



Die Entsorgungslüge

Weltweit gibt es kein Endlager für hochradioaktiven Atommüll. Beim Betrieb von Atomkraftwerken aber fällt ständig welcher an, und niemand weiß langfristig, wohin damit. Ein Problem, das durch die Transporte in die WAAs La Hague und Sellafield in zweifacher Hinsicht nur verschoben wird: zum einen zeitlich, denn laut den Verträgen zwischen Betreibern der AKWs und der WAAs muß der Müll irgendwann wieder zurückgenommen werden; zum anderen örtlich, denn so gefährdet er im besonderen die dortige Bevölkerung.

Trotz allem gelten die Verträge mit den WAAs nach deutschem Atomgesetz als "Entsorgungsnachweis". Das heißt, die Betreiber können damit belegen, daß sie wissen, wo sie den hunderttausend Jahre strahlenden Müll für die nächsten paar Jahre lagern. Verbunden mit der Suche nach einem Endlager reicht das, um die Betriebsgenehmigung der AKWs weiter aufrecht zu erhalten. Dabei müssen die abgebrannten Brennelemente weder nach deutschem Atomrecht noch nach den Verträgen zwischen WAA- und AKW-Betreibern wirklich wiederaufgearbeitet werden. Sie können auch nach ein paar Jahren oder Jahrzehnten der "Lagerung für die etwaige Wiederaufarbeitung" zurück nach Deutschland oder woanders hin ins nächste vorübergehende Lager gebracht werden.

Der EPR

Der European Pressurized Water Reactor (EPR) ist eine gemeinschaftliche Weiterentwicklung von Siemens und Framatome.

Gerade das Bayernwerk verfolgt dieses Projekt mit großem Engagement und will ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren beantragen. Damit würde ein jahrzehntelanger Traum der Atomindustrie in Erfüllung gehen.

So ist das Bayernwerk schon besonders eifrig und nennt als mögliche Standorte Viereth bei Bamberg, Marienberg bei Rosenheim, Pfaffenhofen und Grafenrheinfeld. In Grafenrheinfeld existiert bereits ein möglicher Bauplatz, da die Fläche für den geplanten zweiten Reaktorblock noch zur Verfügung steht. Aber nicht nur in Bayern, auch in Baden-Württemberg und Mecklenburg- Vorpommern soll der EPR beantragt werden.

NIX mehr

Im Rahmen der bundesweiten Kampagne gegen Atomtransporte stellt die Großdemonstration in Grafenrheinfeld den Auftakt der Kampagne im süddeutschen Raum dar. Die Demonstration hat die Funktion, die Anstrengungen des Bayernwerks, neue AKWs in Deutschland zu errichten, zu thematisieren und den Widerstand gegen die nächsten Castortransporte aus Grafenrheinfeld vorzubereiten.

Mit diesen Aktionen gehen wir nicht nur gegen die gefährlichen Transporte an, sondern gegen den Weiterbetrieb aller Atomanlagen. Die ungelöste Atommüllentsorgung, der jederzeit mögliche Super-GAU eines AKW, die Folgen radioaktiver Niedrigstrahlung im sogenannten Normalbetrieb, die Zerstörung der Umweltbedingungen durch den Uranabbau in Kanada, Namibia und anderswo, all das sind Gründe, die den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie erfordern.

Immer mehr Menschen wenden sich gegen das rücksichtslose Profitstreben der internationalen Atomwirtschaft, die den Einsatz regenerativer Energien offenbar um jeden Preis verhindern will. Eine auf ökologisch sinnvollen Konzepten basierende, dezentrale Energieversorgung würde das Ende des Strommonopols weniger großer Konzerne bedeuten.

Immer wieder ist es in der Vergangenheit partiell gelungen, Atomtransporte zu den WAAs zu behindern und politisch zu thematisieren. Sowohl an den Standorten als auch entlang der Transportstrecken wächst der Widerstand.

Wir rufen dazu auf, sich an den vielfältigen Widerstandsaktionen zu beteiligen.



Hamburg:
NIX mehr - 5000 auf die Krümmel-Schienen
c/o Haus für alle, ART, Amandastr. 58
20357 Hamburg
Fon: 040/724 64 63
Fax: 040/43 04 49 0

Oldenburg:
"Mal richtig abschalten"
Bloherfelder Str. 87
26129 Oldenburg
Fon: 0441/59 27 62

Ahaus:
BI "Kein Atommüll nach Ahaus"
Bahnhofstr. 51
48683 Ahaus
Fon: 02561/96 11 01
Fax: 02561/96 11 02

Frankfurt:
AK gegen Atomanlagen
Westerbachstr. 47 HH
60489 Frankfurt/Main

Darmstadt:
HessenBaden-Plenum & StadtpiratInnen
Kranichsteiner Str. 81
64289 Darmstadt
Fon: 06151/71 23 65
Fax: 06151/78 24 38

Saarbrücken:
Koordinationskreis gegen Castor
c/o VSJS, Mainzer Str. 35
66111 Saarbrücken
Fon: 0681/63 53 59

Mannheim:
Initiative gegen den Atomtod
Mannheim/Ludwigshafen
c/o Bücherladen Neckarstadt
Kobellstr.17
68167 Mannheim

Heidelberg:
Anti-AKW/Castor-Gruppe
c/o Umweltprojektwerkstatt im EWZ
Am Karlstor 1
69117 Heidelberg
Fon: 06221/60 28 61

Ludwigsburg:
Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim
c/o DemoZ, Wilhelmstr. 45/1
71638 Ludwigsburg
Fon: 07141/92 04 85
Fax: 07141/90 33 63

Schweinfurt:
BA-BI
Alte Bahnhofstr. 10
97422 Schweinfurt
Fon: 09721/18 50 33

TERMINE

6./7. September: Bahnsternfahrt (35 DM-Ticket) nach Neckarwestheim
Aktionen vor dem AKW, abends Open-air Konzert

13. September: Großdemonstration um das AKW Grafenrheinfeld
Auftakt: 12 Uhr Schweinfurt/Marktplatz,
14 Uhr Grafenrheinfeld/AKW

Castor-Transporttermine von Grafenrheinfeld nach La Hague:
26.8. , 2.9. , 9.9. , 16.9. , 23.9. ;
Aktionen am AKW und entlang der Strecke

20./21. September: Aktionswochenende am AKW Krümmel
"5000 auf die Krümmelschienen"

18. Oktober: Schienen-Aktionstag am BZA Ahaus
"Gorleben ist überall"

Die Siemens AG feiert im Oktober 1997 ihr 150jähriges Firmenjubiläum

Entschädigung für alle ZwangsarbeiterInnen im Siemens-Konzern 1939–45

Siemens – ein"vielseitiger" Konzern:

– Siemens steckt tief drin im internationalen und bundesrepublikanischen Atomgeschäft, weshalb Anti-AKW-Gruppen zum Boykott aufrufen.
– Siemens ist einer der führenden Konzerne für elektrotechnische und elektronische Bestandteile von Rüstungsgütern und verdient somit auch an Kriegen in der ganzen Welt, z.B. auch in Kurdistan.
– Siemens ist weltweit immer wieder an Großprojekten beteiligt; aktuell z.B. am Bau eines gigantischen Staudammes am chinesischen Jangtse, hinter dem drei Schluchten überschwemmt werden sollen; das bedeutet für Tausende Menschen die Vertreibung und Vernichtung ihrer Lebensgrundlage und unabschätzbare ökologische Folgen. Das Ganze wird abgesichert durch finanzielle Bürgschaften der Bundesregierung.
– **Siemens profitierte während des Nationalsozialismus in enger Zusammenarbeit mit den Nazis von der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen.**

Ausbeutung durch Zwangsarbeit

Die diesjährigen Jubelfeierlichkeiten zum 150jährigen Bestehen des Familienbetriebes und Konzerns Siemens sind für die Firma mal wieder ein Anlaß, besonders die Rolle während des Nationalsozialismus zu verfälschen.

150 Jahre Konzerngeschichte wollen wir jetzt nicht aufrollen – lediglich **ein paar Schlaglichter** werfen:

Nach dem Ersten Weltkrieg galt auch für Siemens das Verbot der Rüstungsproduktion. Siemens hat dieses Verbot umgangen und seine Rüstungsproduktion in andere europäische Länder verlagert und dadurch schon kurze Zeit nach dem Krieg enorme Gewinne gemacht.

Als dann das Erstarken der Nationalsozialisten die Hoffnung aufkeimen ließ, daß das Produktionsverbot ausgehebelt werden könnte, gehörte Siemens zu den ersten, die diese Entwicklung stärkten. Schon 1932 forderte die Konzernleitung zusammen mit anderen Industriellen den damaligen Reichspräsidenten Hindenburg auf, die Regierung an die Nationalsozialisten zu übertragen..

1940 begann Siemens als kriegswichtiger Konzern und mit seit Jahrzehnten ungebrochener Erfahrung in dezentraler Rüstungsproduktion, jüdische ZwangsarbeiterInnen einzusetzen. Die Drohung hieß: entweder Leistung oder Deportation, die seit 1941 Vernichtung bedeutete.

1942 wurde ein Siemenswerk für Rüstungsproduktion beim Frauenkonzentrationslager Ravensbrück in Betrieb genommen. In 20 nach und nach erbauten Arbeitsbaracken arbeiteten zunächst 800, 1944 dann 2300 Frauen aus dem KZ Ravensbrück und Mädchen und junge Frauen aus dem benachbarten sog. Jugendschutzlager Uckermark. Ende 1944 wurden noch 13 Schlafbaracken aufgestellt, um den Kräfte und Zeit kostenden Arbeitsweg von den Lagern aus einzusparen.

Die Profite aus der Rüstungsproduktion gingen voll in die Kassen von Siemens und SS. Die Frauen erhielten keinen Lohn. Leistung wurde durch permanente Schikanen, Druck und Drohungen erzwungen. Angetrieben wurden die Frauen und Jugendlichen durch KZ-AufseherInnen und

zivile Meister oder VorarbeiterInnen.

Gearbeitet wurde in zwei 12-Stundenschichten. Vor und nach der Arbeit mußten die weiblichen Häftlinge noch bei jedem Wetter draußen oft dreistündige Zählapelle im Stehen durchhalten.

Bei der Arbeit galt absolutes Redeverbot. Verschiedentlich wird berichtet, daß sich Frauen bei einem Verstoß dagegen ausziehen mußten und ausgepeitscht wurden.

Zur Toilette durften sie nur zu bestimmten Zeiten, was bei den weitverbreiteten Durchfallerkrankungen sehr entwürdigend war.

Sie durften bei Fliegeralarm die Arbeitsplätze nicht verlassen, während sich die AufseherInnen in die Bunker flüchteten. Für die Frauen bedeutete das neben der Gefahr allerdings auch eine Ruhepause vor den Schikanen der AufseherInnen.

Arbeitsschutzmaßnahmen gab es keine. Viele Frauen verletzten sich z.B. bei Stanzarbeiten schwer – eine Folge der ständigen Übermüdung und der schlechten Ernährung.

War aus den KZ-ArbeiterInnen keine Arbeitsleistung mehr rauszupressen, wurden sie ins Lager zurückgeschickt und durch neue ersetzt. Bei Regelverstößen drohte Strafhaft im „Bunker" im KZ.

All diesen Bedingungen zum Trotz wurde im Siemenswerk Widerstand geleistet und Sabotage organisiert. Es wurden Leistungsdiagramme gefälscht, so daß Frauen, die wenig schafften, Punkte von denen bekamen, die mehr leisten konnten. Elektrische Kontakte wurden durch Feuchtigkeit manipuliert, zeitweise auch durch Knoblauch, bis vor Arbeitsbeginn Knoblauch-Riech-Kontrollen eingerichtet wurden. Viele Frauen versuchten systematisch, die Produktivität zu senken.

Die Siemens-Produktionsstätte bei Ravensbrück paßte sich in die allgemeine Konzernstrategie ein: Bis 1943 stieg der Anteil von FremdarbeiterInnen, Kriegsgefangenen, jüdischen ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlingen auf ca. 30 Prozent der Siemens-Gesamtbelegschaft!

Neben dem Siemenslager beim Frauen-KZ Ravensbrück gab es im „Deutschen Reich" und den besetzten Gebieten allein von Siemens mehr als 38 ZwangsarbeiterInnen-Lager.

Schon 1951 machte Siemens – nach ein paar Schwierigkeiten mit den Besatzungsmächten – wieder erhebliche Gewinne.

Entschädigung jetzt!

Bis heute hat Siemens keine Verantwortung für die Taten während des Nationalsozialismus übernommen. Ganz im Gegenteil wird auch zum 150jährigen Jubiläum die Lüge aufgewärmt, Siemens sei vom NS-Staat zum Einsatz von ZwangsarbeiterInnen gezwungen worden.

Weder politischer Druck noch juristische Wege haben bisher dazu geführt, daß Siemens allen heute noch lebenden ZwangsarbeiterInnen oder deren Hinterbliebenen Löhne und materielle Entschädigungen für ihre geleistete Sklavenarbeit gezahlt hat. Lediglich Anfang der 60er Jahre zahlte Siemens an 2203 jüdische Überlebende eine einmalige Entschädigung von je 3300 DM auf Druck der „Jewish Claims Conference". Jede weitere Zahlung und jegliche rechtliche und moralische Verpflichtung lehnt Siemens bis heute ab – das sei Sache der Bundesregierung.

Wir wollen im Jahr der Jubelfeiern die Forderungen der **ehemaligen Siemens-ZwangsarbeiterInnen durchsetzen:**

– Rückhaltlose Aufklärung der Siemens Firmengeschichte (d.h. auch die Öffnung der firmeneigenen Archive);

– Die Anerkennung des den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zugefügten Leids und Unrechts;

– Die Bestätigung des Rechtsanspruchs der Betroffenen auf finanzielle Entschädigung;

– Die finanzielle Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und ihrer Hinterbliebenen.

Auch wir boykottieren Siemens
und kaufen keine Artikel von

- **Osram**
- **Constructa**
- **Siemens-Nixdorf**

FrauenLesbenGruppe Hamburg



150 Jahre SIEMENS - Kein Grund zum feiern!



Im 150. Jahr seines Bestehens ist der Siemens-Konzern bemüht mit einer breit angelegten Kampagne seine geschönte Version der Firmengeschichte und Unternehmenspolitik der Öffentlichkeit zu präsentieren. Anschließend dokumentieren wir eine etwas andere Firmenchronik aus dem internet:

1847: Der Berliner Artillerieleutnant Werner Siemens gründet mit dem Universitäts-Mechanikus Johann Georg Halske die ‚Telegraphen-Bauanstalt von Siemens & Halske'. Gleichzeitig bleibt er Offizier der preußischen Armee und behält in dieser Funktion Sitz und Stimme in der preußischen Telegraphenkommission.

1848: Von ebendieser Kommission erhält das Unternehmen den Auftrag, Europas erste Fern-telegraphenlinie von der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zur Residenz von König Friedrich Wilhelm IV. in Berlin zu bauen.

1867: Siemens beginnt mit dem Bau der ‚Indo-Europäischen Telegraphenlinie' von London nach Kalkutta. Bis 1931 verbindet sie die britische Regierung mit ihrer indischen Kolonie.

1870: Unter Beteiligung der Familie Siemens wird die Deutsche Bank gegründet. Werners Vetter Georg Siemens wird später einer ihrer Direktoren.

1883: Vier Wochen bevor die amerikanische ‚Edison Co:' ihre erste deutsche Tochterfirma gründet, unterzeichnet sie einen Vertrag mit Siemens, der Konkurrenz zwischen den beiden Unternehmen weitgehend ausschließt.

1887: Die Deutsche Edison steht vor dem Konkurs und wird von Siemens und der Deut-schen Bank durch eine Kapitalerhöhung gerettet. Bedingung dafür sind die Trennung von der Muttergesellschaft und die Umbenennung in ‚Allgemeine Elektrizitäts Gesellschaft' AEG. Im neuen Aufsichtsrat sitzen Georg Siemens für die Deutsche Bank und Werners Sohn Arnold von Siemens für die Firma Siemens.

1903: Um den ersten ernsthaften Streik der Firmengeschichte zu beenden, muß die Unternehmensleitung der Belegschaft einen geheim gewählten Arbeiterausschuß zugestehen. Die meisten seiner Petitionen lehnt sie jedoch ab.

1905: AEG und Siemens sperren 40.000 Arbeiter aus, die gegen das Absinken ihrer Reallöhne streiken. Der Streik bricht zusammen.

1910: Die Deutsche Bank entzieht der ökonomisch gesunden Bergmann Elektrizitätswerke AG die Kredite. Siemens kann den bisherigen Konkurrenten daraufhin aufkaufen.

1914: Wegen Bestechung von Beamten wird Siemens in Japan rechtskräftig verurteilt.

1914: In den ersten drei Jahren des 1. Weltkriegs erhält Siemens von der deutschen Marine Aufträge für U-Boote im Wert von 63,5 Millionen Reichsmark.

1916: Auf Umwegen liefert Siemens 700 Tonnen Elektrostifte und Elektrokohle an die britische Marine.

1919: Mit den Firmen Auer und AEG gründet Siemens die Glühlampenfabrik OSRAM, die später ganz in Siemens-Besitz übergeht.

1924: In Genf gründen AEG und Siemens gemeinsam mit anderen Elektrofirmen das Phoebus-Glühlampenkartell.

1932: Konzernchef Carl Friedrich von Siemens und andere Industrielle fordern Reichspräsi-dent Hindenburg schriftlich auf, die Regierung an den Führer der NSDAP zu übertragen. Zwei Monate später, am 30. Januar 1933, übernimmt Adolf Hitler die Macht.

1939: Das Phoebus-Kartell kontrolliert über 80 Prozent der europäischen Lampenproduktion.

1940: Der kriegswichtige deutsche Konzern Siemens beschäftigt erstmals Zwangsarbeiter.

1942: Siemens errichtet Fabriken in unmittelbarer Nachbarschaft der Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück. „Haftstätten" unter SS-Verwaltung existieren außerdem bei den Siemens-Werken Berlin-Siemensstadt, Biezanow, Bobrek, Ebensee, Happurg, Nürnberg, Oberaltstadt, Oberleutensdorf-Maltheuern, Strassfurt und Zwodau.

1943: Mehr als 30 Prozent der Siemens-Belegschaft sind Fremdarbeiter, Kriegsgefangene, jüdische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Viele von ihnen verhungern oder werden „durch Arbeit vernichtet". Nur an 2.203 jüdische Überlebende zahlt der

Konzern zwei Jahrzehnte später Entschädigungen.

1967: Die Firmen Bosch und Siemens gründen paritätisch die ‚Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH‘, die identische Geräte mit verschiedenen Firmenschildern produziert.

1968: In Obrigheim geht das erste von Siemens errichtete Leistungs-Atomkraftwerk in Betrieb. Bis 1989 folgen 20 weitere Atomreaktoren von Siemens oder ihrer Tochter KWU in der Bundesrepublik Deutschland.

1968: Siemens erhält aus Argentinen den ersten Exportauftrag für ein Atomkraftwerk. Erst viele Jahre nach ‚Atucha 1‘ bekommt Südamerika ein weiteres Atomkraftwerk.

1969: AEG-Telefunken und Siemens gründen gemeinsam die ‚Kraftwerk Union‘ KWU, die Siemens acht Jahre später ganz übernimmt.

1974: Der Durchschnittslohn für schwarze Beschäftigte bei Siemens in Südafrika liegt bei umgerechnet 1,61 Mark pro Stunde und damit unter dem Existenzminimum.

1974: Mit 1.229 Aufträgen im Gesamtwert von mehr als 338 Millionen Mark ist Siemens der zweitgrößte Lieferant der Bundeswehr.

1977: 400 Angehörige des Siemens-Konzerns besitzen Mandate in deutschen Parlamenten, drei davon im Bundestag. Die Firma garantiert ihnen die Fortzahlung des Gehalts.

1978: Siemens installiert nahe Hamburg den Reaktordruckbehälter des Atomkraftwerks Krümmel. Erst 18 Jahre später wird bekannt, daß dabei unpassende Teile des Behälters mit Hydraulikpressen gefährlich zurechtgebogen wurden. Die Staatsanwaltschaft Lübeck nimmt deshalb 1996 Ermittlungen gegen Siemens auf.

1984: Das Atomkraftwerk Krümmel geht in Betrieb. In den Jahrzehnten danach häufen sich in der Umgebung Leukämiefälle bei Kindern.

1991: Siemens schluckt die marode Computerfirma Nixdorf. Seitdem landen in deutschen Amts- und Poststuben fast ausschließlich PCs von ‚Siemens Nixdorf‘.

1993: Wegen Bestechung im Zusammenhang mit der „Münchener Klärwerks-Affäre“ werden zwei leitende Siemens-Angestellte verurteilt.

1993: Nur vier Jahre nach dem Massaker auf dem Tienanmen-Platz in Peking, bei dem chinesische Soldaten mehr als 3.000 friedliche Demonstranten niedermetzelten, reist Siemens-Chef Heinrich von Pierer mit Bundeskanzler Helmut Kohl nach China, um Geschäfte mit der chinesischen Führung anzubahnen.

1993: Im Geschäftsbericht beklagt Siemens, daß die Umsätze mit Waffen-Elektronik infolge der Ost-West-Entspannung sinken.

1993: 70 Verbände und Bürgerinitiativen rufen zum Boykott aller Siemens-Produkte auf, bis der Konzern alle seine Atombetriebe geschlossen hat. In den folgenden Monaten steigt die Zahl der Unterstützergruppen auf 120.

1994: Auf Nachfrage von Kritischen Aktionären muß der Siemens-Vorstand in der Hauptversammlung eingestehen, daß 25 Prozent der Gesamtbelegschaft, aber nur 2,7 Prozent der Führungskräfte Frauen sind. 1996: Die Regierung von Singapur schließt Siemens wegen Bestechung für fünf Jahre von allen öffentlichen Aufträgen aus.

1996: Entgegen der Voten des Europäischen und des Österreichischen Parlaments und trotz Protesten von mehr als einer Million Österreicher beginnt Siemens in der Slowakei mit dem Weiterbau des sowjetischen Atomkraftwerks Mochovce. Westliches Sicherheitsniveau wird es nicht erreichen. Die deutsche Bundesregierung ermöglicht den Bau durch eine Hermes-Bürgschaft von146 Millionen Mark.

1996: Mit einer weiteren Hermes-Bürgschaft über 1,135 Milliarden Mark schafft die Bundesregierung dem Siemens-Konzern beste Voraussetzungen, den Auftrag für den Bau der 14 Generatoren und Turbinen des „Drei-Schluchten-Staudamms“ am chinesischen Jangtse zu ergattern, für den die chinesische Regierung 1,8 Millionen Menschen zwangsumsiedeln will.

1997: Bayerns Kultusminister legt in Garching bei München den Grundstein für den FRM II-Forschungsreaktor, den Siemens für die Technische Universität München errichten wird. Trotz heftiger Proteste der US-Regierung soll er mit atomwaffenfähigem Uran betrieben werden.

1997: Mit Jubelveranstaltungen läßt die Konzernleitung das 150. Jubiläum der Firmengründung feiern. Höhepunkte sind ein Fest in Berlin-Siemensstadt vom 08. bis 10. August und ein Festakt im Berliner ICC am 12. Oktober.

2000: Noch vor der Jahrtausendwende wollen Siemens und ihr französischer Partner Framatome die erste Baugenehmigung für ihren neuen ‚Europäischen Druckwasser-Reaktor‘ EPR durchsetzen.

Zusammenstellung: Henry Mathews

http://ourworld.compuserve.com/homepages/Critical_Shareholders/siemens.htm

VisdP.: Heinrich Meier, Siemensdamm 37, 13627 Berlin

Deutschland muß sterben, damit wir leben können!!!

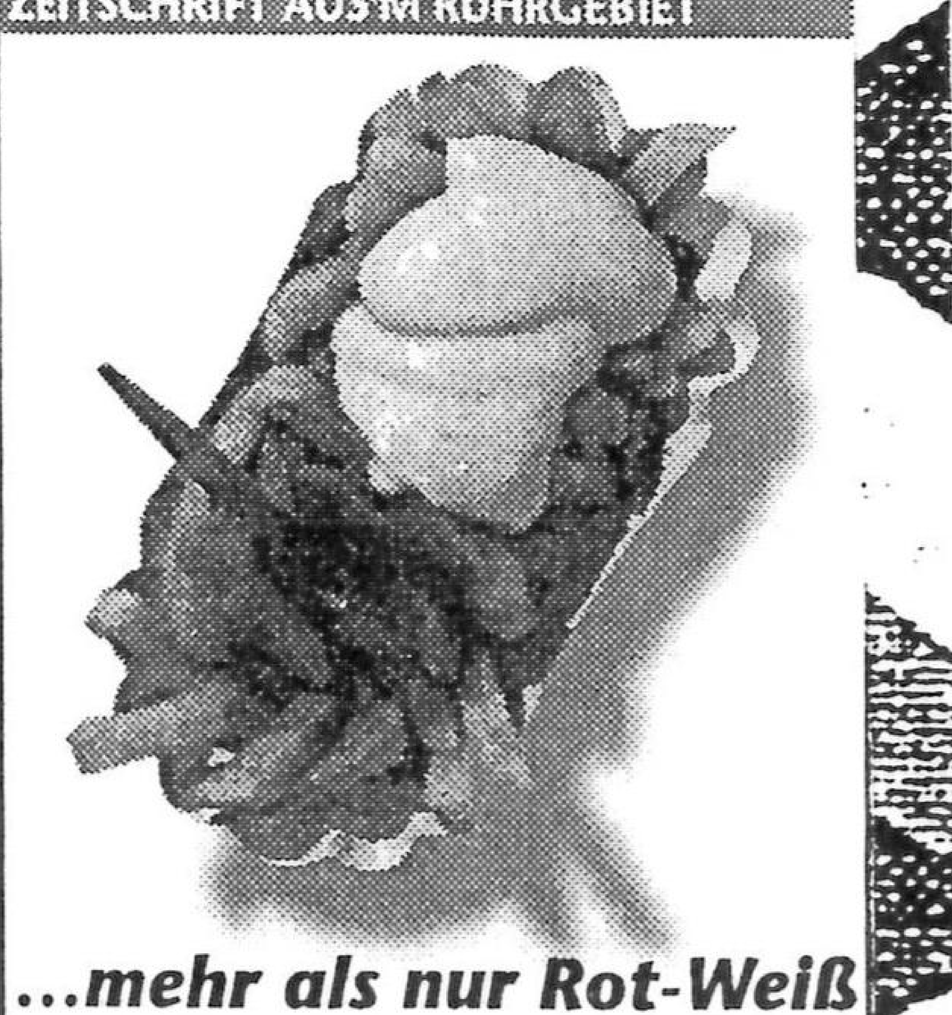
Uli sitzt weiter im Knast!!!
Er sitzt weiter wegen des angeblichen Abspielens des o.g. Slime-Songs während der Revolutionären 1. Mai-Demo. Damit soll er das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland öffentlich beschädigt haben und dies rechtfertigt nun den fünften Monat U-Haft.



Wir sagen: POWER DURCH DIE MAUER BIS SIE BRICHT!!!
Kommt alle zum Prozeß!!!

Öffentliche Aufführung Landgericht Moabit
Do 4.9.'97 8:30 room 101





...mehr als nur Rot-Weiß

Neugierig? Die Zeitschrift ist für 5,– DM zu beziehen (nur in Bar oder gegen Briefmarken):
MOTTEK CRESCENDO
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum

HANNOVER - SCHAUFELDERSTRASSE 33

Totgesagte leben länger

SPRENGEL
10-Jahres-Fest

5.-7.9.97

Das Programm:

Freitag, 05.09. ab 22 Uhr

Sturmglocke Verkleidungsparty mit Musik aus 10 Sprengel-Jahren, Verkleidungsmotto: "Mein liebster Rock- & Popstar", inclusive Karaoke-Show und Cocktail-Bar

Samstag, 06.09.

ab 16 Uhr Hoffest (bei schlechtem Wetter in der Sturmglocke)
Infostände
Kaffee & Kuchen
Sprengel-Foto-Ausstellung
Kampfkunst im Sportkeller
Streetball-Turnier
Jonglage
Flohmarkt: "Das Beste aus 10 Jahren Kleiderkammer"

ab 19 Uhr VoKü in der Sturmglocke anschließend Konzert:
NO RESPECT (Göttingen)
STREIT (Lübeck)

Sonntag, 07.09.

ab 12 Uhr Frühstücksbuffet

14 Uhr Geschichtsstunde inkl. Video: Entstehung und Entwicklung der Sprengel-Besetzung, Zeitzeugen berichten

19 Uhr Volxküche in der Sturmglocke

20.30 Uhr Filmveranstaltung im "KNHO im Sprengel"



KRITIK AN DER "AKZEPTIERENDEN JUGENDARBEIT MIT RECHTEN JUGENDLICHEN"

- Berichte von Projekten "akzeptierender Jugendarbeit" mit Rechtsradikalen und ihren Folgen.
- Kritische Auseinandersetzung mit den Konzepten der BefürworterInnen
- Kritische Darstellung der soziologischen Diskussion über Rechtsradikalismus bei Jugendlichen.
- Nutznießer "akzeptierender Jugendarbeit": Nazi-Organisierung jenseits der Parteien.
- Alternativen:
  - Antifa-Jugendpolitik in Gütersloh
  - Eine parteiliche Entscheidung für anti-rassistische und anti-sexistische Kinder- und Jugendarbeit
- Fazit

Zu bestellen bei:
rat c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Einzelbestellung: 5 DM
6 Exemplare: 20 DM
Vorauskasse

im Rahmen der Kampange "Aktion 97" bieten wir einen Diavortrag mit anschließender Diskussionsrunde an. Wir würden uns freuen wenn ihr diese Veranstaltung in Eurer Zeitung veröffentlichen könntet.

Der Vortrag ist in drei Blöcke aufgeteilt
- über Rudolf Heß und die Gedänkmarsche nach seinem Tod
- über die JN / NPD und ihre Vorfeldorganisationen
- über den antifaschistischen Widerstand in Nürnberg und der Region

Die Veranstaltung findet am Dienstag den 16. September 1997 in der Fabrik, Grabenstr. 20 (Hinterhof) Duisburg Neudorf um 20.30 Uhr statt.

Der VW-Konzern und der Faschismus!

Angriffskrieg, Sklaverei, Raub und plünderung
die Räder die zum Sieg rollen sollten für Profit

EL LOCCO Kreuzbergstr. 43 20 Uhr
Referat mit Videoauszügen und Diskussion

Unter'm braunen Lack
Hitler und Porsche
im braunen frack
Mit dem Volkswagen

Mi. 17. Sept. '97

zum Ural ?!?!?!

- Podiumsdiskussion im Rahmen des DFG-VK - Bundeskongress 1997 -

Bundeswehr abschaffen - eine Utopie?

Regierungswechsel 1998 - Beginn einer Wende in friedenspolitischen Fragen?

Samstag, 4. Oktober 1997
um 20.00 Uhr
im Thommi-Weißbecker-Haus,
Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin

VertreterInnen der Oppositionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS nehmen Stellung zu einem Einleitungsreferat von Ansgar Schmidt, Bundessprecher der DFG-VK.



Kontakt:
Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Schwanenstr.16
42551 Velbert
Tel. 02051 - 4217

In der Hand der Massen muss ein Schwert sein'



DIE GUATEMALTEKISCHE GUERILLA UND DER FRIEDENSPROZESS

FOTOAUSSTELLUNG & VERANSTALTUNGEN IN DER *GALERIE OLGA BENARIO*

7. SEPTEMBER BIS 24. OKTOBER 1997
WESERSTR: 5
U-BHF. HERMANNPLATZ
EINGANG: RESTAURANT *„ORLANDO"*

*zit. Otto René Castillo

VERANSTALTUNGEN:

So. 7. Sept., 17:00: VERNISSAGE mit musikalischer Begleitung des cubanischen Komponisten **Daniel Almeida Torres** und Präsentation des Videos *„De los de siempre"*.

Mo. 8. Sept., 19:30: Dia- und Informationsveranstaltung mit **Heike Kammer** von den Peace Brigades Internacional.

Fr. 12. Sept., 19:30: *„Erinnerung des Windes"* - Film- und Diskussionsveranstaltung mit dem Filmemacher **Thomas Walther**, *autofocus*.

Fr. 19. Sept., 19:30: *„De los de siempre"* - Film- und Diskussionsveranstaltung mit **Reiner Centmayer**.

Fr. 26. Sept., 19:30: *„Romper el cerco"* - Flüchtlinge eines verdeckten Krieges. Film- und Informationsveranstaltung mit der Flüchtlingsbegleitorganisation **CAREA**.

Fr. 2. Okt., 19:30: *„Geschichten von Guerilleros"*, Dokumentarfilm von Gérard Chaliand und Jérome Kanapa. F 1997, 52 Min.

Fr. 10. Okt., 19:30: *„Tochter des Puma"*, Spielfilm von Ulf Hultberg und Asa Faringer. Dänemark 1994, 85 Min.

Fr. 17. Okt., 19:30: *Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker* - Dia- und Informationsabend mit dem Guatemala-Komitee Berlin.



DIE FOTOGRAFEN:

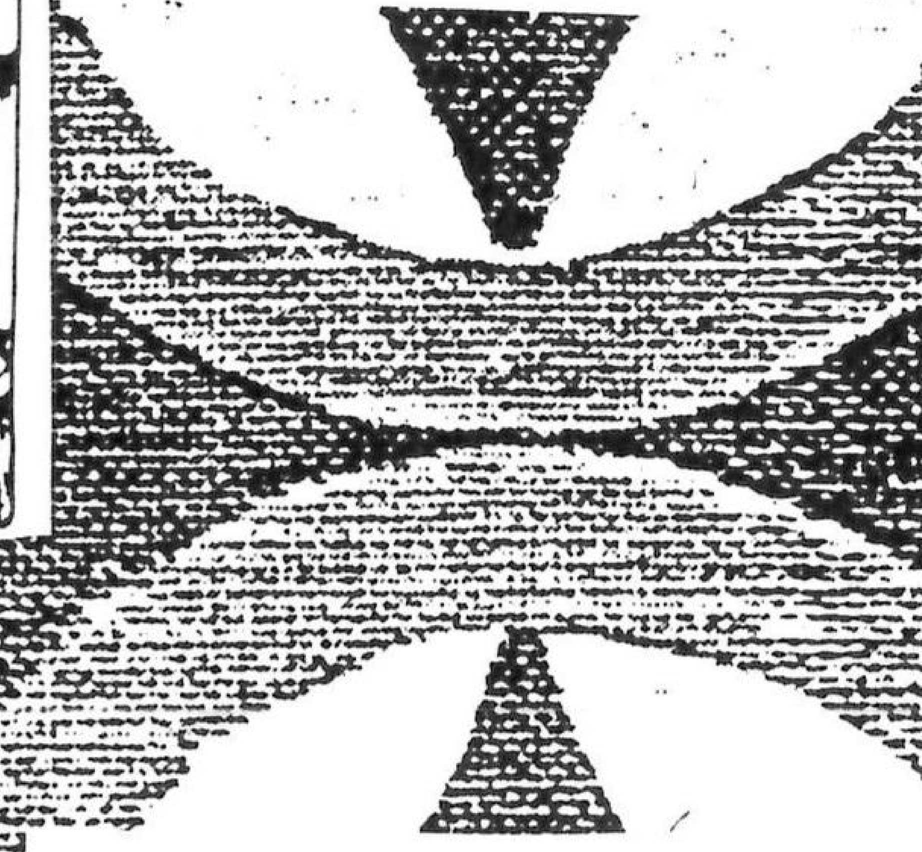
Rainer Centmayer

geb. 1969 in Bayern, dort gelebt bis 1994 - langjährige Mitarbeit bei amnesty internationalund anderen Bürgerinis - 2-jähriger Aufenthalt in Mittelamerika

Hermann Werle

geb. 1962 in Hagen/Westfalen - journalistisch u fotografisch tätig seit 1988 - langzeitsolibewegt und seit 1990 Mitarbeit im Guatemala-Komitee Berlin





SALIX ALBA

- Nach dem Überleben sexueller Gewalt - vom verlassenen Opfer zum Verlassen der Opferrolle

Musik - Text - Collage von Petra Krömer



BALLHAUS NAUNYNSTRASSE
04. - 08. September und 12. - 15. September 1997

Zwei Komponenten

EA MACHEN WIR

Der Ermittlungs-Ausschuß braucht dringend Geld!
Für Prozeßkostenübernahmen von Angeklagten.
Solipartys, Sammlungen, Einzelspenden – alles ist gut,
Daueraufträge wären optimal!
Sonderkonto: Klaus Schmid
Konto-Nr.: 20610-106 Postbank BLZ: 100 100 10

DM KOMMT VON EUCH

Ab 8.9.'97 in Buch- und Infoläden oder zu bestellen für 5.- & 2.- Porto. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30.- DM.



Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

In dieser Ausgabe unter anderem:

Schwerpunkt: 10 Jahre antifaschistische Bewegung - 10 Jahre Antifa INFO-Blatt

außerdem:
- Prozeß gegen Kay Diesner
- »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« '97
- Otto von Bismarck-Stiftung
- Neues in Sachen Briefbomben
- Front National auf Erfolgskurs
- Kirchenasyl

Das Antifaschistische Infoblatt erscheint seit 1987 fünf Mal im Jahr mit ca. 50 Seiten.
Es ist eine nichtkommerzielle, bundesweite Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Bankverbindung: J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960-105, BLZ 100 100 10, Postbank Berlin

Mega Antifa-Party

mit prima, günstig Cocktail-Bar

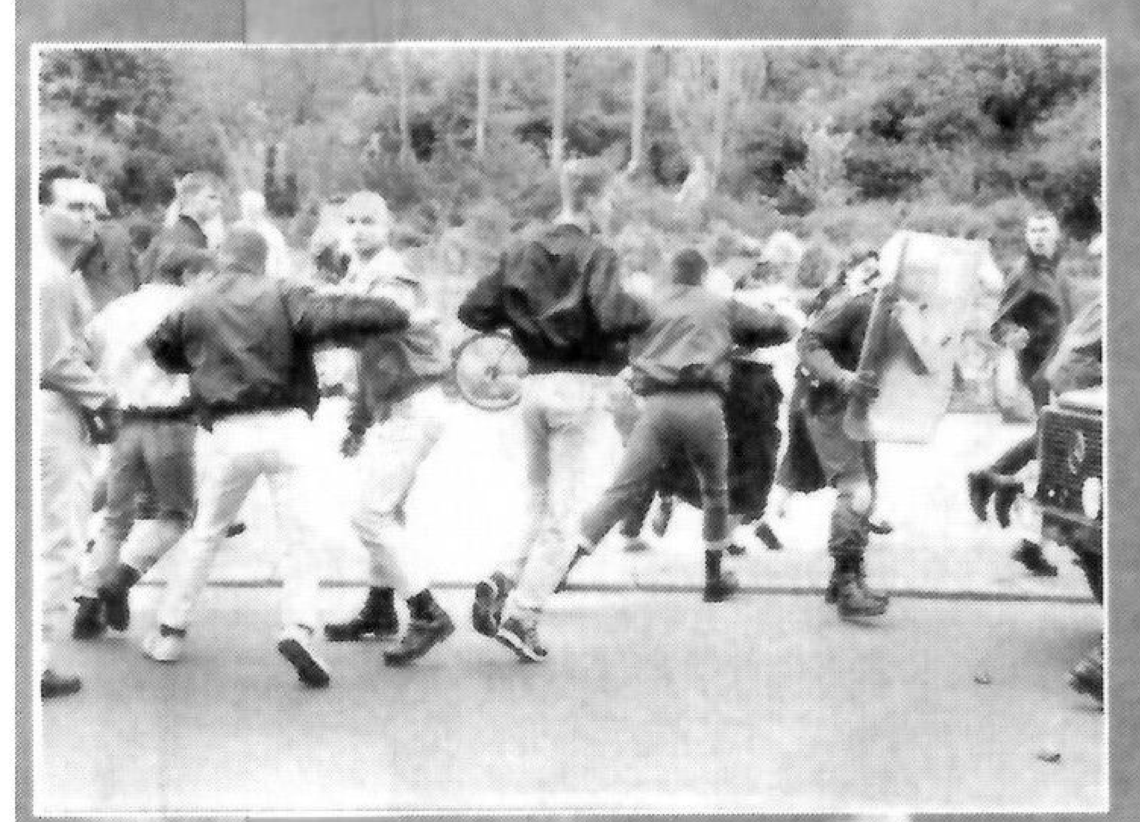
11 Jahre ★ ANTIFA ★ JUGENDFRONT

10 Jahre Antifaschistisches INFO BLATT









6.9.97 22 Uhr
Ex (Mehringhof)

Gneisenaustr. 2a, Kreuzbergen

V.i.S.d.P.: Stefan Jakob, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Wir tanzen noch, wenn an euch schon keiner mehr denkt!